

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigeküpfte Petze oder deren Raum 15 A. — Poststatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Zur Maifeier der Arbeiter. Zur Arbeitsnachweisfrage. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die Konferenz von Vertretern der freien eingeschriebenen Hüttenwerke. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Situationsberichte. — Eingeladene. — Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Literarisches. — Briefkasten.

Zur Maifeier der Arbeiter.

Unaufhaltsam-vollzieht sich der Entwicklungsprozess der Menschheit. Vorwärts, immer vorwärts geht's mit ihr, ob blöde Thoren auch wähnen mögen, es gäbe für sie keinen Fortschritt, sondern nur ein "Herumirren im Kreise." Nicht nur auf dem Wege des äußeren Sieges, sondern auch auf dem der Verfolgungen und Niederlagen brechen neue Ideen sich Bahn, welche beruhen sind, die Gesellschaft mit all ihren Einrichtungen umzugestalten. Das fehrt die ganze Weltgeschichte und durch die Arbeiterbewegung, der Gegenwart erfährt diese große Wahrheit eine neue Bestätigung. Als diese Bewegung mit der Parole "Lösung der sozialen Frage" sich zu entwickeln begann aus kleinen, unscheinbaren Anfängen, wie haben da Thorheit, Unwissenheit, Vorurtheil hochmuthig ihrer geplottet und lächelnd gemeint, nunmer werde sie ihre "utopischen" Ziele erreichen. Von einer sozialen Frage wollten die herrschenden Klassen damals noch nichts wissen und von sozialen Reformen erst recht nicht.

Längst ist der seichte Spott verstummt; längst ist, wie prophetische Geister schon vor Menschenaltern es verkündeten, die Frage der Sozialreform zur Lebensfrage der modernen Kultur geworden. Glühender Hass hat sich gegen die Arbeiterbewegung mit allen Mitteln herrschender Macht erhoben und ihre Verfolgung, und Unterdrückung im Namen der "bedrohten Staats- und Gesellschaftsordnung" proklamiert. Von Jahr zu Jahr ist die Verfolgung gewachsen. Die fanatischen Verfolger haben ungezählte wacker Kämpfer für das Recht der Arbeit schwer getroffen und im Namen der "Ordnung" unermesslich viel Menschenglück zerstört. Aber das siegreiche Fortschreiten der sozialistischen Ideen haben sie nicht verhindern können. Immer fest schlägt der Glaube an den endgültigen Sieg des Rechtes der Arbeit im Volle Wurzel; immer deutlicher zeigt sich, daß das jetzt die ganze Kulturwelt beherrschende kapitalistische System in unaufhaltsamer Auflösung begriffen ist.

Wohl oder übel, haben die herrschenden Interessenrichtungen die Sozialreform wenigstens im Prinzip anzuerkennen müssen. Aber in ihrer sozialreformatorischen Praxis äußert sich nur zu öffentlich das bedenkliche Bestreben, die Arbeiter zu beschwichtigen mit unbedeutenden Konzessionen, statt ernsthaft und ehrlich auf die Überwindung der wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und sozialen Korruption hinzuarbeiten. Sie glauben, die Geschichte hintergehn zu können, indem sie den Inbegriff der sozialen Frage und der sozialen Reform künstlich verwirren und zu Maßregeln greifen, die darauf berechnet sind, die Arbeit über ihre unverjährbaren Ansprüche

an Staat und Gesellschaft zu täuschen. Sie wollen nicht anerkennen, daß die Kulturmenschheit an einer neuen Epoche steht, welche eine ganz neue Ordnung der Dinge nach dem Gebot höherer Sozialgerechtigkeit nötig macht. Sie versichern dem Arbeiter ihre "Freundschaft" und "Fürsorge", wollen ihm "helfen" und seine Lage "nach Möglichkeit" erleichtern. Nach Möglichkeit! Das bedeutet für sie, was sie gewöhnen können ohne Verleugnung ihrer Herrschaftsgrundätze und ohne nennenswerthe Beinträchtigung ihrer Interessen. Und für diese Pülle verlangen sie noch überdien vom Arbeiter die Verzichtsleistung auf sein Recht. "Meine Arbeiter müssen auch außerhalb der Arbeitsstätte thun, was ich will," sagt der Industrieföning Stumm. Und "nachdem durch die Versicherungsgefeige so vorzüglich für die Arbeiter gesorgt ist, brauchen sie das Koalitionsrecht nicht mehr" behaupteten noch vor kaum einem Jahr andere Unternehmer.

Für derartige "Sozialreform" sind die sozialpolitisch gesündeten Arbeiter nicht zu haben. Je inniger sie vertraut sind mit den Lehren des Sozialismus, je gewisser folgen sie der Überzeugung, daß das große Ziel der Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitalismus nur erreicht werden kann auf dem Wege der organischen Entwicklung. Über eben deßhalb halten sie um so fester an ihrem Recht.

Es muß nichts, "durchdringende Dämme" gegen die Hochstuth der sozialen Bewegung aufzuwerfen. Am besten ist's, man mußt sich nicht, derartige Dämme zu errichten, die Arbeiterbewegung einzuschränken. Denn je freier und ungehinderter sie sich betätigten kann, je besser. Nicht in der Arbeiterbewegung sollte man die große Gefahr sehen, sondern in den Einrichtungen und Zuständen, gegen die sie kämpft.

Das gilt für alle Staaten der modernen Kultur. Gründliche soziale Reformen, welche den organischen Fortschritt verbürgen, — das ist der gewaltige Appell, mit dem in diesen Tagen die Arbeiter der Kulturstaaten zum dritten Male an die öffentlichen Gewalten und an die herrschenden Klassen sich wenden. Millionen von Männern und Frauen des arbeitenden Volkes hüben und drüber des Ozeans, wo immer der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, erheben am 1. Mai voll feierlichen Ernstes **friedlich** ihre Hand zur Bekundung ihrer Solidarität

für die von den internationalen Arbeiterkongressen erhobenen Forderungen, betreffend die **internationale Arbeiter- und Geleitgesetzgebung**. Es ist ein Wille, der die Arbeitermassen bei dieser Kundgebung leitet, und eine Idee, die sie erfüllt. Sie wissen: ist eine solche Arbeiterschutzgesetzgebung auch noch nicht gleichbedeutend mit der Lösung der sozialen Frage, so cbnet sie doch den Weg dazu, und wenn der ernste Wille vorhanden ist, die wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, dann ist eine gründliche, wirksam internationale Arbeiterschutzgesetzgebung der nothwendige erste Schritt.

Dieser große Reformgedanke, dessen Träger und Verfechter bis jetzt eigentlich nur die sp

zialdemokratischen Arbeiter waren, müssen innerlich ausreisen, ehe er in's öffentliche Bewußtsein übergehen und vor diesem als Volksgesetz verkündet werden kann. Hat erst der öffentliche Geist ihn in sich aufgenommen, so wird die Nothwendigkeit seiner Verwirklichung auch von den Regierenden anerkannt werden müssen. Haben wir doch vor zwei Jahren erlebt, daß der deutsche Kaiser die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung — von der bis dahin die Verfechter der kapitalistischen Sonderinteressen behaupteten, sie involviere eine "umstürzlerische" sozialdemokratische Forderung — im Prinzip anerkannte. Und schon Jahre zuvor hatte sie diese Anerkennung seitens der schweizerischen Regierung gefunden.

Die internationale Propaganda für diese Forderung, die ihr geltende Maifeier, soll Zeugnis ablegen von dem redlichen Bestreben der Arbeiter, ihre gerechte Sache durch die Gewinnung des öffentlichen Geistes zum Siege zu bringen. Läuft doch das ganze Wesen der Arbeiterbewegung auf einen großen geistigen Kampf hinaus, dessen Ziel und Ende nur in der Befreiung der falschen Willensrichtung zu suchen ist, die sich aller großen und durchgreifenden wirtschaftlich-sozialen Reformen entgegenstellt.

Wie stark diese falsche Willensrichtung, ein Ausfluss des privilegierten Sonderinteresses, noch ist, zeigt sich u. A. recht deutlich an dem gewaltigen Widerstande, den diese Macht dem **achtstündigen Arbeitstage**, als Grundlage der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, bereitet.

Was die Verwirklichung speziell dieser Forderung, der möglichsten Verkürzung und gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auf die Basis internationaler Vereinbarung für die arbeitenden Klassen und die ganze Kultur zu bedeuten haben würde, darüber haben wir uns ja schon so oft eingehend ausgesprochen. Immer mehr hervorragende Männer der Wissenschaft, die nicht zur Sozialdemokratie zählen, unterstützen die Arbeiterpartei offen in dem Bemühen, mit dieser Forderung durchzudringen.

Berbündet mit der Macht der Thatsachen, gegen die alles Strauben und alles Protestieren gegen die Dauer nichts hilft, schreitet die Elite der Arbeiterchaft aller Kulturstaaten abermals zu der großen Manifestation ihrer auf die friedliche Lösung der sozialen Frage gerichteten Gejinnung.

Mag blöder Unverständ auf gegnerischer Seite auch jetzt wieder, wie in den Vorjahren seinen Hass und seinen dummen Spott auf die manifestirenden Arbeiter schleudern, — diese werden um so begeistert sich geloben, in unverbrüchlicher Treue sich dem großen Emancipationskampfe der Arbeit zu weihen. Es ist der unaufhaltsam vorwärtsbringende Geist der neuen Zeit, der, mahnend und anspornend, herausblut aus dem millionenfachen Jubelruf:

Das Recht der Arbeit!
Hoch!
die internationale Sozialdemokratie!

Bur Arbeitsnachweis-Frage.

Die Frage beschäftigt seit Jahren die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Leider ist man nicht immer und nicht überall mit der richtigen Erkenntnis und der erforderlichen Energie darum herangetreten; geläufig in älterer Zeit hat man im nebensächlichen behandelt, wo nicht ganz und gar ignoriert. Um so eifriger sind die Unternehmer darauf bedacht gewesen, den Arbeitsnachweis in ihre Hand zu bringen; sie wissen sehr wohl, dass derart eine gewisse Macht gesetzt wird. Und diese Macht haben die Arbeiter ja auch schon oft genug zu leisten bekommen zu ihrem Schaden.

Es ist sehr anerkennenswert, dass jetzt in gewerkschaftlichen Kreisen die Überzeugung sich Wahl breite, es müsse endlich Entschluss werden mit der Lösung dieser Frage nach Maßgabe der Arbeiterschaft interessierter. Aber dies verhindern müssen wir, dass Wohnungswirtschaftsmitteln unterlaufen, welche im höchsten Grade bedeutsam sind. Die Stuttgarter Gewerkschaften sind entschlossen, einen von der Gemeindebehörde zu vermittelnden allgemeinen Arbeitsnachweis, nachdem es in's Leben zu rufen und zwar auf Grund folgenden Statuts:

S. 1. Der unter der Kontrolle des Stadtvorstandes stehende gewerkschaftliche Arbeitsnachweis für den Gemeindebereich ist... hat den Zweck, Stellensuchende Arbeit zu vermitteln und wenn möglich allmonatlich eine Arbeitslosenstatistik auszunehmen.

S. 2. Zur Ausführung der Geschäfte wählen die Arbeiter und Unternehmer des Gemeindebezirkes eine abhängigkeitslose Kommission, bestehend aus drei Arbeitern und vier Unternehmern. Die Wahlen sind geheim und werden an einem von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Tage vorgenommen. Die hierzu erforderlichen Bestimmungen werden ebenfalls von der Gemeindebehörde festgestellt und in den örtlichen Blättern bekannt gegeben. Als Wahlmodus gilt der gleiche, wie bei den Wahlen zum Gewerberat, jedoch mit der Erweiterung, dass auch die Arbeiterinnen an der Wahl teilnehmen und die Arbeit beiderlei Geschlechts vom 21. Januar an wahlberechtigt sind.

S. 3. Als Vorsitzender dieser Kommission fungiert der jeweilige Vorsitzende des Gewerberates.

S. 4. Die Sitzungen der Kommission werden vom Vorsitzenden einberufen und haben allmonatlich statt. Außerordentliche Sitzungen können vom Vorsitzenden jederzeit einberufen werden.

S. 5. Die Stellenvermittlung geschieht in einem vom Stadtvorstand zur Verfügung gestellten oder von demselben gemieteten Bureau und ist für Unternehmer wie für Arbeiter unentbehrlich.

S. 6. Die Geschäfte im Arbeitsnachwabureau, einschließlich event. Ratsführung, besorgen zwei von der Gemeindebehörde besoldete Beamte. Die über sind der Arbeitsnachweis-Kommission unterstellt und haben deren Anordnungen und Verfügungen unbedingt Folge zu geben. Widersteht sich einer oder der andere der Verwaltung diesen Anordnungen, so kann der einzelne Antrag der Kommission und unter Zustimmung der Gemeindebehörde nach vierjährlicher Kündigung seines Amtes entheben werden. Die Verwaltung werden zu gleichen Theilen einer aus den Reihen der Unternehmer und einer seines der Arbeiter urteil. Sanctionierung der Gemeindebehörde von der Arbeitsnachweis-Kommission erfordert.

S. 7. Für die Ausführung der Geschäfte gilt ein an diesem Zwecke besonders ausgearbeitetes Reglement. Dasselbe ist im Arbeitsnachweis-Bureau aufzuhängen und trägt gleichzeitig die Namen der Kommissionsglieder.

S. 8. Vorsitzende Bestimmungen treten mit dem in Kraft und haben die Gültigkeit bis zu...

Da sonst dem "Vorwärts" im ganzen Artikel wird dieser Entwurf einer zukommenden Neuordnung untergezogen, die nicht weniger übersichtlich als der Entwurf selbst ist. Da hoffen wir zunächst auf die sonderbare Behauptung, dass der berühmte österreichische Arbeitsnachweis nichts versteht. Die ganze gewerkschaftliche Organisation gilt als ihren Einrichtungen und besonders mit der des Arbeitsnachweises hat den Zweck, einen möglichst starken Einfluss auf den Arbeitsmarkt auszuüben zu Gunsten der sich anbietenden Arbeitssucht. Die sogenannte "freie" Vermittelung der Gewerkschaft ist ein kapitalistischer Grundgedanke; sie ist gleichzeitig und wildem und planlosem

Arbeitsgang mit dem idyllischen Konkurrenzkampf der Arbeiter untereinander; mit dem Arbeiten, um jeden Preis. Und gerade diesem Nebenstande in erster Linie will ja die gewerkschaftliche Organisation entgegenstehen. Was hat es dann für einen Zweck, bestimmte Arbeitsbedingungen für eine Arbeitergruppe zu fordern? Ihre Schwächung unter Umständen durch einen Streik der Unternehmen abzuwenden, wenn man der so genannten "freien" Vermittelung der Arbeitskraft alle Thüren offen lässt? Diese "freie" Vermittelung muss eingehäuft werden, um bestimmte Vergesetzungen gebunden werden, über deren Innehaltung die gewerkschaftlichen Organisationen strengstens zu wachen haben; wenn anders ihre ganze Tätigkeit nicht einfach Spielerei sein soll. Die Gewerkschaften haben beiden Arbeitsnachweisen sich vor dem Grundsatz leiten zu lassen, dass der, welcher am Ort Arbeit erhalten will, solche nur zu den Bedingungen annimmt, welche die organisierte Arbeiterschaft anerkennt, und nicht zu denen, welche dem Unternehmer jeweils belieben. Gerade darin liegt ja die praktische Bedeutung des Arbeitsnachweises für die Arbeiter: Will man ihm die Bedeutung nicht heimen, dann ist es thürige Zeit und Müheverschwend, sich überhaupt um den Arbeitsnachweis zu kümmern; dann lasse man ihn ruhig eine Polizeidienststelle sein. Wenn es richtig ist, und nach kapitalistischen Begriffen ist es richtig, dass der Arbeitlose unbefriedigt mit den Interessen seiner Kollegen, seine Arbeitskraft unter allen Umständen frei verwerthen kann, ist es zum niedrigstenburgerhause dann hängt man auch nur ruhig die ganze gewerkschaftliche Organisation an den Nagel; dann hat sie keinen Zweck und keinen Sinn. Aber nach den Begriffen, die in der Arbeiterbewegung maßgebend sind, ist das nicht richtig. Grade mit der stets wachsenden Zahl der Arbeitslosen hat die gewerkschaftliche Organisation ja schwer zu rechnen; und der Arbeitsnachweis soll wenigstens denen von ihnen, welche Arbeit bekommen können, zum Vortheil gereichen.

Der Verfasser des "Vorwärts"-Artikels meint dann: "Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Gemeinde-Arbeitsnachweis bestreitender wären muss als die bestehenden. Die Gemeinden selber haben an einer solchen Umgestaltung des Arbeitsnachweiswesens ein erhebliches Interesse."

Sie müssen die durch die Arbeitslosigkeit verschwundene Armenlast tragen, und so ergiebt sich von selbst, dass sie ein Recht haben, an der Regulierung des Arbeitsverhältnisses in jener Richtung mitzuhelfen. Denn anaristischen Kapitalismus, dessen Organisation bekanntlich der alte Gemeinde, Staat, Familie... sprengende Bruch ist, wird das natürlich nicht in den Raum lassen. Aber ihm paßt überhaupt keine Regelung des Wirtschaftslebens. Soweit es sich um rein technische Angelegenheiten handelt, muss und soll der Verf. seine Gelegenheiten selbst regeln, denn die Gemeinde kann nicht wohl beurtheilen, was technisch notwendig ist oder nicht. Soweit der Verf. aber der Gemeinde in dieser oder jener Form auferlegt, muss man ihr die Möglichkeit geben, das Gemeinnützige dem Verf. gegenüber auf's Energischste vertreten zu können. Einen Ratung hierzu darf man in dem Vorschlag der Stuttgarter Gewerkschaften erblühen."

In der That, äuferst k�iv! Die Kritik aller Kritiker ist aber, dass der Verfasser meint, ein kommunaler Arbeitsnachweis vermöge die anschwellende Armenlast einzuschließen. Ach nein, durch ein solches Institut wird nicht ein armer Arbeiter mehr Beschäftigung erhalten, als ohne ein solches. Die Armenlast rechtfertigt die Teilnahme der Gemeinde an der Regulierung des Arbeitsverhältnisses" sicherlich nicht. Da macht man doch lieber gleich die ganze Arbeitstage zu einer Art. des Armelebens! Sieht man dann nicht ein, wie weit man mit solchen Maßnahmen von den Bahnen abschafft, die der gewerkschaftlichen Bewegung durch prinzipielle und taktische Errungungen vorgezeichnet sind? Das Ningen nach immer höherer Selbstständigkeit, welches die deutsche zentralistisch-kapitalistische Organisation charakterisiert, erhält ein eigenhümmerliches Pendant in dem Verf. einen der wichtigsten Zweige der libitätsdienlichen Verwaltung unter behördlicher Aussicht zu stellen.

Die Urheber des Stuttgarter Statuts täuschen sich gewaltig, wenn sie glauben, in der örtlichen Wahl einer Arbeitsnachwabkommission eine Garantie zu haben, dass die Institution der Interessen der Arbeiter auch wirklich genüge. Wo gibt es denn in Deutschland eine Stadtverwaltung, die nicht auf Seiten des Unternehmers Interessen sieht? Und abgesehen davon: jeder ernsthaften Konflikt zwischen Arbeiter und Unternehmer in der betreffenden Stadt wird die ganze Öffentlichkeit sofort über den Hosen werfen; der Interessenengenoss in der Arbeitsnachwabkommission wird zum schärfsten Ausdruck kommen und mit Hülfe der Stadtverwaltung werden die Unternehmer die Einrichtung der beiden anderen Innungsmänner, des Inhalts, dass

für ihre und gegen die Arbeiter anszunehmen verstehen.

Man behilf die Arbeiter doch nicht mit solchen Projekten, die geeignet sind, Verwirrung auszurichten.

Die organisierte Arbeiterschaft hat fest zu halten an dem Grundsatz, dass die Bergaltung des Arbeitsnachweises lediglich Sache der gewerkschaftlichen Organisation ist. Man bemühe sich, für die Ausgestaltung, für die Kräftigung dieser Organisation. Ist sie sich das geworden, was sie sein soll und muss, dann wird ihr die Frage des Arbeitsnachweises keine Schwierigkeiten mehr machen. Aber deshalb, weil sie noch nicht so weit ist, der Ortsbehörde sagen: "Nimm dir den Arbeitsnachweis," — das ist jedensfalls ein recht ungünstiger Gedanke, der mit keinen Ansichten von den Absichten der Gewerkschaften vereinbar ist. Und noch ungünstiger ist die Vertheidigung, die der Schreiber des "Vorwärts" seitens diesem Gedanken hat zu Theil werden lassen

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* 20.000 Mark unterschlagen? Unter dieser Spurwelle schreibt der "Gewerbeverein": "In einer öffentlichen Mauerversammlung, welche am Churfesttag in Berlin stattfand, teilte der Vorsitzende Maurer Hoffmann mit, dass eine Anzahl Meister gesammelt zu M. 20.000 D. anfrankten lassen würden, die den Gesellen vom Lohn abgezogen worden, unterliegen habe. Ganz nahe, dann zeigt dies, wie nützlich doch die Zwangslagen für gewisse Meister sein können." Der Gewerbeverein scheint also an der Wahrheit zu zweifeln. Wir haben die in M. steckende Thatsache vor etlichen Wochen (Nr. 8 u. 9. Blattes) auszüglich einer vom Vorstande der Berliner Ortsfanfanfare auf der Petition, die den Meistern an den Reichstag gerichtet, Petition mitgetheilt. In dieser Petition sind sogar die sämtlichen Meister, welche die den Gesellen abgezogenen Beiträge in eigenem Namen verwendet haben, namentlich aufgeführt. Der Herausgeber des Gewerbevereins, Herr Dr. Max Hirsh, welcher ja selbst Reichstagsabgeordneter ist und die betreffende Petition erhalten hat, ist vielleicht so freundlich, der Redaktion seines Blattes mitzuteilen, dass die von dieser mit einem Fragezeichen begleitete Mitteilung durchaus wahr ist.

Eine Weltansichtung in Jähn seit etwa drei Jahren für Berlin projiziert. Das Projekt hat selbstverständlich auch für die Baugewerbe eine grüne Bedeutung. Seine Verwirklichung würde diesen Gewerben einen nicht unbedeutenden Aufschwung sichern. Nunmehr hat am 13. d. M. die gemischte Deputation der Berliner Gemeindebehörden, bestehend aus zehn Magistratsmitgliedern und 20. Stadtverordneten, welche eingetragen war, um den Plan einer Berliner Ausstellung zu erörtern, nach eingehender Beratung folgenden Antrag des Stadtverordneten Singer mit allen gegen eine Stimme angenommen:

"Die Deputation beschließt, die Gemeindebehörden zu ersuchen, folgenden Beschluss zu fassen: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung begrüßen das Projekt einer Weltausstellung in Berlin mit großer Sympathie und erläutern sich bereit, das Unternehmen halbjährig zu unterstützen. Von diesem Beschluss ist dem Präsidium des deutschen Handelsrates Mitteilung zu machen."

* Sehr bedeutende Dimensionen haben die Arbeiterentlassungen im deutschen Rohenbergbau, besonders im rheinisch-westfälischen Revier, angenommen. Stein in letzterem Revier ist in der letzten Woche wohl ja 1000 Bergleute die Arbeit zum 1. Mai gefündigt worden. Mit der Ründigung sind hier und da 1000 Reduktionen verbunden. Die Bergleute haben ungeheure Quantitäten Kohlen auf Lager. Einige wollen die Feierschichten die Woche einzuführen. Die Erregung unter den Bergleuten ist groß. Wo sollen sie anderweit Arbeit finden? Auch in der Eisenindustrie kommen massenhafte Entlassungen vor, weil die Industrie steht. Das Baugewerbe hat unter dieser Wirkung schwer mit zu leiden. In Bochum bleiben viele angehängte Neubauten liegen; zahlreiche Bauprojekte sind ausgezogen worden.

Das sind schlimme Aussichten!

* Jünkerliche Ehrenhaftigkeit. Die ganze Jünkerrei ist besten Falles eine utopistische Schwärmerei. Sehr edle Handwerkmeister gehören den staatlich konzessionierten Innungen nur deshalb an, weil sich's unter dem Deckmantel der Innungsmesterhaft leicht macht, unter Umständen gebotenes Vertrauen zu missbrauchen. So scheint die "Saale-Zeitung" aus Jena: "In öffentlicher Sitzung des Schulvorstandes brachte der Vorsitzende eine höchst bedeutsame Angelegenheit zur Sprache. Die Vorstandemitglieder der hiesigen Tischlerzirkelung, die Tischlermeister K. Wiegand, Neunes und Helmke, die neben der Dresdener Firma Lüdtke Ansicht hatten, die Rüsterung der Schulbanken für die neue hiesige Bürgerhufe zu erhalten, waren vor 14 Tagen nach Dresden gereist und hatten den Inhaber der Firma Lüdtke das Anbieten gemacht, sie wollten von der Rüsterung zurücktreten, wenn ihnen die Firma M. 1000 — M. 500 sofort zahlbar, M. 500 später, zahle. Sie sagten noch hinzu, die Firma sei ja dann alleinige Lieferantin und könne infolge dessen höchst hohes Preise von der Stadt nehmen. Die Firma Lüdtke lehnt das Anbieten ab und berichtet den Thalbestand hierher. Von allen Rednern des Schulvorstandes wurde der Entschluss über ein solches, vollkommenes Angebot an gewerblichen Ehrenföhren zeigendes Verhalten ausdrücklich abgelehnt. Lebhaftig ist bei der unerträglichen Angelegenheit auch der Humor nicht geschriften. Während Wiegand, der nach Dresden, vorausgereist war, mit der Firma unterhandelte, gelangte an diese ein Telegramm der beiden anderen Innungsmänner, des Inhalts,

die Firma nicht mit Wiegand unterhandeln sollte. Jedenfalls haben die Deibeln gesplaut, daß Wiegand vor ihrem Eintritt das Felt abschöpfen werde." Bis jetzt ist allerdings noch nicht beobachtet worden, daß die Amunition das gewöhnliche Ergebnis gehabt und gestört hätten. Dem Handwörter, welches dieses Ergebnis nicht bestätigt, wird es durch den Amunitionskatalog sicherlich nicht beigebracht.

Nürnberger Wohnungszustände. Neben Nürnberger Arbeitervorwohnungen hat Herr Dr. Hes eine kleine Einwohnerveranstaltung und zu diesem Zweck 500 Fragebögen verteilt. Das Resultat der Enquête ist nach dem "Sozialpolitischen Centralblatt" folgendes: Nur für 150 Wohnungen wurden die gestellten Fragen beantwortet; von diesen sind 75, darunter 29 dünne Räume, nicht bewohnt. Ein Abort wird durchschnittlich von 19 Personen in einem Raum von 23 Parteien benutzt. Über Flächenraum und Mietpreis gibt nachfolgende Tabelle einigermaßen Aufschluß:

Wohnungen Quadratmeter	Durchschnittl. Mietpreis per Quadratmeter	Zahl der einen Abot benutzenden Personen	Bewohner	
			Durchschnittl. Mietpreis per Abot benutzenden Personen	Personen
unter 25	M. 7,70	27		
von 25-36	" 5,79	20		
36-50	" 4,72	16		
über 50	" 4,86	13		

Es betrifft somit der Mietpreis der kleinen Wohnungen, nach dem Quadratinhalt berechnet, nahezu nochmal soviel als der der größeren Wohnungen. Nach der Kopfzahl berechnet, wird pro Kopf in einer Wohnung, unter 25 Quadratmeter mit dem Quadratmeter M. 1,88, in einer Wohnung über 50 Quadratmeter M. 2,8 bezahlt. Der sanitäre Zustand der kleinen Wohnungen ist nichts weniger als günstig. Von einer in der Müllerstraße gelegenen Wohnung wird berichtet, daß von den Wänden das Wasser herabtröpfelt und der Ofen nicht brennbar ist. Eine Wohnung in der Vorstadt Böhmd liegt unter dem Straßeneinde, hat einen Gesamtmühlenraum von 17 m² und eine Höhe von 2 Metern; die Fenster zusammen machen noch kleinen Quadratmeter aus. Als besonders gefundensichlich werden die von der Gemeinde vermieteten Thurm- und Mauerwohnungen bezeichnet. Als Hülfsmittel werden befürwortet, die Niedriglegung der Stadtmauer, um Luft und Licht zu gewinnen; die Erbauung von Arbeiterhäusern bzw. die Abgabe von Grund und Boden hierzu seitens der Gemeinde, sowie die Aufstellung von Wohnungskontrolleuren.

Steuerfreiheit für Bauten in Wien. Dem dortigen Gemeinderath ging ein Erlass der Statthalterei zu, worin erklärt wird, die Regierung sei geneigt, für Umbauarbeiten eine Steuerfreiheit von acht Jahren zu gewähren. Der Gemeinderath hatte in einer Eingabe an die Regierung eracht, für Umbauten, welche nicht an Hauptverkehrsstraßen gelegen sind, falls kein Burzweichen der Bauleine stattfindet, 12 steuerfreie Jahre, falls ein Burzweichen bis zwei Meter stattfindet, 15 Jahre, und falls ein Burzweichen der Bauleine um mehr als zwei Meter stattfindet, von 18 Jahren zu bewilligen. Für Umbauten, welche an den Hauptverkehrsstraßen gelegen sind, schlägt der Gemeinderath je nach dem Stande der Bauleine 18, 21 und 24 Jahre vor. Die Regierung hat, wie aus dem Erlasses zu erscheint, die Vorschläge des Gemeinderathes fast wortlos akzeptiert. Über die vom Gemeinderath beschworene Begünstigung einer 20jährigen Steuerfreiheit für Familienhäuser scheint noch keine Entscheidung getroffen worden zu sein.

Bon dem weiteren Inhalten des Erlasses ist die Erklärung der Regierung bemerkenswert, daß der Arbeiter eine Verlängerung der Steuerfreiheit für Industriebauten nicht gerechtfertigt erscheint.

Die Arbeiter des Baumgewerbes haben bis jetzt von dieser Steuerfreiheit nichts profitiert.

Die Konferenz von Vertretern der freien eingeschriebenen Hülfskassen,

welche auf Grund der auch in unserem Blatte veröffentlichten Einladung am 19. und 20. April hier in Hamburg stattfand, war von 73 Delegierten, welche 66 Kassen vertraten, besucht. Selbstverständlich waren auch Vertreter der Centralstaatskasse der Maurer, Steinhauer, Gipser und Stuckaturen Deutschlands "Grundstein zur Einigkeit" vertreten. Selbst die Konferenzkasse des "Deutschen Männer- und Frauenvereins" war mit dem Sitz in Berlin, hatte es nicht verschmäht, einen Vertreter zu entsenden.

Den Vorsitz führten Blume - Hamburg und Niemeyer - Hamburg. Das Referat über die Frage des Fortbestehens der neuen Kassen unter dem neuen Gesetz erstattete Delling - Hamburg. Derselbe sprach sein Bedauern darüber aus, daß die s. B. vom Kongress der freien Kassen zu der Krankenversicherungs-Novelle gemachten Vorschläge vom Geistgeber nicht berücksichtigt worden sind. Aber so schlimm wie das neue Gesetz a u s f ä h r e, sei dasselbe doch nicht. Wie die Kassen sich mit den früheren sie betreffenden Bestimmungen sehr wohl abgestimmt hätten, so würden sie auch dem neuen Gesetz sich anpassen verstehen. In § 6 des Krankenkassen-Gesetzes werde jetzt auch verlangt, daß freier Arzt und freie Medizin vom Beginn der Krankheit gewährt wird, aber jetzt muß diese Leistung nicht nur für 13, sondern, event. für 26 Wochen gewährt werden. Nach § 6 a kann jetzt die Benützung bestimmter Arznei, beweisbemuster Apotheken etc., vorgeschrieben und in gewissen Fällen von Richthaltung - fakturatischer Vorschriften eine Strafe bis zu M. 20 auferlegt werden. § 7 erleichtert die bisherigen Bestimmungen, nach welcher Verkehrsbeitrag von der Kasse in's Krankenhaus verrieben werden können. Die Meldepflicht nach § 10 a, beim Auszählen aus der Kasse oder dem Übertreten in eine andere, werde freilich eine ungebührliche und zeitraubende Arbeit verursachen, ebenso die nach § 7 b verlangte Anmeldung durch Unfallkrankter an die Berufsgenossenschaften. § 7 c verlangt jetzt die Zahlung von Krankengeld an durch Unfall Verletzte vom Tage des Krankengeldbezuges ab, für 13 Wochen, während das Unfallversicherungsgesetz und die bisherigen Bestimmungen diese Zahlung nur vom Beginn des Unfalls an verlangen. Auch die jetzt vorgesehene häufigere Einsichtnahme der Bücher durch die Behörde dürfte eine Störung in den Kassenbüros eintreten, die auch nicht zu den Annehmlichkeiten einer Novelle zu rechnen ist. Ein Vortheil sei es für die Kassen, daß sie etwa verhängte Strafen vom Krankengeld im Auge bringen können. Der neue § 75 verlangt im ersten Absatz, daß die dem Gesetz genügenden Rechnungen tragen. Die in § 6 a vorgeschriebenen Leistungen brauchen sie nicht zu gewähren, aber unter allen Umständen haben sie vom Beginn des Krankengeldbezuges an Arzt und Medizin (nicht ein Äquivalent dafür) zu gewähren. Nach dem zweiten Absatz des § 75 muß jedes Mitglied einer freien Kasse so hoch versichert sein, daß es die Leistungen der Gemeindeversicherung bekommt. Bei Zureife sind ihm 14 Tage Zeit gewährt, um sich so hoch zu versichern. Bei Doppelversicherungen kann eine Kasse statt Arzt und Arznei ein Viertel des tatsächlichen Tagelohns für Tagelöhner gewähren. Nach § 75a ist nunmehr die Belehrung nicht mehr von der Landesbehörde, sondern vom Reichsantritt zu erhalten, wenn die Wirkungskreis der Kasse die Landesgrenze überschreitet. § 75 b gibt jetzt den freien Kassen eine höhere Sicherheit, da die Belehrung der Behörde genügt, daß die Ortskrankenversicherungsverbindungen etc. jedes Einpruchrecht bezüglich der Genehmigung der Kassen oder dagegen, da die Kassen dem § 75 genügen, zu nehmen. Im Großen und Ganzen schließt Nedner, seit die Novelle nicht so schlimm, als vielfach befürchtet worden ist. (2) Am wenigsten werden die Kassen darüber zu leiden haben, deren Mitglieder zum größten Theil noch

in Zwangskassen versichert sind. Da steht für die Leistungen der Kassen der Tagelohn an dem Orte unabhängig ist, an dem die Mitglieder wohnen, so wird es sich für jede Kasse darum handeln, sich über diesen Lohn an den einzelnen Orten zu informieren. Aber der hier gestellte Satz wird wohl kaum an einem Ort überprüft werden. Solche Eventualität sollte man aber bei Einrichtung der Beitragsskassen in's Auge fassen. Der auf dem Krankenkassen-Kongress in Berlin mit der Ausarbeitung eines Normalstatuts, den neuen Verhältnissen angepaßt, beauftragte Kommission lag jetzt ein solches vor. Dasselbe ist jedem Delegirten eingehandelt worden. Man möge sich nur das Papier für jede Kasse herausnehmen. Nedner hält es für praktisch, daß die Kassen ihre neuen, der Novelle angepaßten Statuten erst am 1. Januar n. J. in Kraft treten lassen, da ja noch die Ausführungsbestimmungen für die Behörden abzuwarten seien. Eine Altersgrenze für den Beitritt bildet die Kommission behauptet und zwar aus juristischen Gründen und weil selbst das Gesetz erlaubt, Beitragslastige vom Eintritt in die Zwangskassen abzuhalten, wenn sie an Gebrechen leiden und die Arzneibehörde sich mit der Abhebung einverstanden erklärt. Die Kassen könnten sonst zu sehr ausgebeutet werden. Zu Bezug auf die Beiträge ist Nedner der auf Grund seiner Rechnungen gewonnenen Meinung, daß für Centralkassen die Gewährung von Arzt und Arznei einen Wochenbeitrag von 20 M. pro Kopf erfordert wird. Von einer Kostentat, nach welcher erst mehr als die Mindestleistung gewährt wird, glaubt Nedner ebenso wenig abzuraten, zu können, als davon, daß eine Kasse länger als 13 Wochen freien Arzt und Arznei gewährt. Doch kommt dies auf die Verhältnisse in den einzelnen Kassen an. Auf Stelle der ordentlichen Gerichte, bei welchen Rechtsvergleichungen zwischen Vorstand und Mitglieder zum Antrag zu bringen sind, schlägt die Kommission Schiedsgerichte vor. Nedner schließt mit dem Wunsche, daß es auch unter den neuen Verhältnissen den freien Kassen aufrecht zu erhalten.

Dem Referat folgte eine lebhafte Debatte, welche fast den ganzen ersten Sitzungstag ausfüllte. Im Sinne des Referenten sprachen sich aus Niemeyer - Hamburg, Grünewald - Hamburg, Uhly - Chemnitz, Fälsdorf - Dresden, Baffé - Offenbach, während v. Elm - Theiß, Bleßgen und Heinrich - Hamburg die Nebерzeugung vertraten, daß es auf die Dauer unmöglich sein werde, die freien Kassen aufrecht zu erhalten. v. Elm stützte aus, die entgegengesetzte Ansicht zeige von großem Optimismus. "Die Absicht bei Abfassung der Novelle war, die freien Kassen zu Tode zu kuriren. Gelingt dies jetzt noch nicht, so wird es später geschehen. Wir können in den Ortskassen auch etwas leisten. Das Interesse an den freien Kassen ist im Abnehmen begriffen, darum ist auch die Teilnahme an den Verhandlungen der freien Kassen eine so hirtchbar geringe. Weshalb sollen wir auf das Drittel, welches die Arbeitgeber zu den Beiträgen zu zahlen verpflichtet sind, verzichten? Für die Gewerkschaftsbewegung haben die Hülfskassen fast gar keine Bedeutung gehabt." Nedner hält die Hülfskassen für zwecklos. Man könne sich vielleicht noch einige Zeit hinhalten, um schließlich doch zu erliegen. Es empfiehlt sich daher, die Kassen aufzulösen und das Geld für die allgemeine Arbeiterbewegung zu verwenden.

Theiß hob hervor, daß ja seit Jahren in der Arbeiterpresse betont sei, die Kassen würden unter den neuen Bestimmungen nicht bestehen können. Ob das jetzt nicht mehr wahr sei?

Heine führte u. a. aus: Die sozialpolitischen Geiste, wie Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung, gehören zusammen, deswegen nähmen die freien Kassen eine Sonderstellung ein. Diese ganzen Gesetze lassen sich überhaupt, wie sie jetzt sind, auf die Dauer nicht halten, innerhalb der nächsten zehn Jahren müßten dieselben schon ganz anders aussehen. Außerdem wäre durchaus keine Ursache vor-

Langsamer fahren, wenn mit 150 Kilometer gefahren werden könnte?

Folgende Überlegung gibt eine Antwort auf die Frage. Der Kubikinhalt des Dampfzylinders einer Lokomotive nimmt mit der Vergrößerung des Fahrzeugschwindigkeit rasch zu, denn er wächst mit der dritten Potenz derselben. Dieser Umstand hat zur Folge, daß die Dampfzylinder unserer Lokomotiven schon bei einer verhältnismäßig geringen Fahrgeschwindigkeit Dimensionen annehmen, welche die Praxis zurückweisen muss. Handelt es sich beispielweise um die Führung eines 20 Tons schweren Wagens mit einer Geschwindigkeit von 150 Kilometern, so muß jeder der beiden Zylinder der betreffenden Lokomotive 11,5 Kubikmeter fassen. Da aber die Lokomotengeschwindigkeit aus praktischen Gründen 5 Meter pro Sekunde nicht übersteigen darf, so müßte, wie leicht zu zeigen, der Zylinderdurchmesser zum Mindesten 1½ Meter betragen! Erwägt man, daß die Treibräder einer so schweren Lokomotive über 3 Meter hoch sein müßten und daß der kleinste Radius, mit welchem die Bogen der betreffenden Eisenbahn beschrieben werden dürfen, eine Länge von 2,3 Kilometer haben müßte, so gelangt man zur Erkenntnis, daß der Schnellverkehr auf Schnellbahnen nicht, welche nicht so leicht zu beheben sind. Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß ein Zug, welcher mit 150 Kilometer Geschwindigkeit über die Schiene rollt, selbst mit unseren besten Bremsen, welche bekanntlich in ihrer Wirkung so schnell sind, wie der Schall, dennoch nicht früher als auf einer Distanz von 1½ Kilometer zum Stillstand gebracht werden könnte. Seht man sich, daß die kürzeste Entfernung, auf welcher ein Zug unter allen Umständen angehalten werden müßte, 200 Meter nicht übersteigen dürfte, so gelangt man zu einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern, also zu der geplanten gestarteten Großgeschwindigkeit.

Dieses Alles bezieht sich jedoch auf Eisenbahnen, welche mit Dampf betrieben werden. Diese Umstände bringen es mit sich, daß die Treibräder einer Dampflokomotive kaum mehr als 10 Umdrehungen pro Minute machen können, während die Umdrehungszahl der elektrisch angetriebenen Räder auf 600 steigen kann, sobald dafür gesorgt wird, daß die Radachsen beständig in Del laufen.

Freilich ist hierbei nicht außer Acht zu lassen, daß

Wie schnell kann auf Eisenbahnen gefahren werden?

Von Roman Gostkowski,
Professor an der Technischen Hochschule in Lemberg.
(Schluß)

Würden unsere Lokomotiven für Zwecke der Kraftserzeugung mit einem Material vorlieb nehmen, welches schwerlos ist, so würde es allerdings möglich sein, eine Fahrgeschwindigkeit von 180 Kilometern pro Stunde zu erreichen. Die Lokomotive schöpft aber ihre Arbeitsfähigkeit aus dem Dampf und dieser entspringt zufolge der verbrennenden Kohle aus Wasser. Kohle und Wasser müssen also mitgeführt werden, falls man fahren will, und dies ist ein großer Nachteil, denn die mitzunehmende Ammunition hat ein recht bedeutendes Gewicht selbst in dem Falle, wenn es sich nur um eine kurze Fahrt handelt. Würde die Lokomotive fahren können, ohne Kohle und Wasser, so könnte sie die obgedachte Geschwindigkeit ohne Weiteres erreichen, belastet man sie jedoch mit einem Vorratthe von Ammunition, so wird sie nicht mehr so schnell fahren können.

Es ist unschwer, zu zeigen, daß jenes Gewicht an Ammunition, welches die Lokomotive braucht, um eine Stunde lang zu fahren, die obgedachte Fahrgeschwindigkeit auf 150 Kilometer herabdrückt, denn die Geschwindigkeit von 150 Kilometer pro Stunde ist sonach die oberste Grenze, bis zu welcher die Schnelligkeit eines Eisenbahngesuges gehen kann.

Mit dieser Geschwindigkeit fahrend, erreicht man von Frankfurt aus Köln in 1½ Stunden, Berlin in 3 Stunden, nach Wien kommt man in 5 Stunden und eine Reise von Paris nach Konstantinopel würde 20 Stunden dauern, falls man sich unterwegs nirgends aufzuhalten wäre.

Unabdingbar drängt sich die alte Frage wieder vor, die Frage nämlich, weshalb wir mit 100 Kilometer und

Die Rätsel, welche die Kinder zu lösen haben, sind in der Regel so gestaltet, dass sie die Kinder dazu bringen, verschiedene Sachen zu untersuchen und zu vergleichen. Ein Beispiel ist das Rätsel, das die Kinder darüber informiert, wie man einen kleinen Vogel wieder gesund macht. Das Rätsel besteht aus einer Reihe von Bildern, die verschiedene Tiere und Pflanzen zeigen. Die Kinder müssen herausfinden, welche Tiere und Pflanzen welche Kräfte haben und wie sie diese Kräfte benutzen können, um den kleinen Vogel wieder gesund zu machen. Dieses Rätsel fördert die Kreativität und die Fähigkeit der Kinder, verschiedene Sachen zu vergleichen und zu vergleichen.

Was ist der Sinn, der es mir die Unter-
sucher, die vorher nach Möglichkeit zu halten
Wollten, was nach Möglichkeit? Sie haben unter-
sucht sich die Berichte, welche sie erhalten
Haben, und schließen, wie viel die anderen auf
der Stelle befinden.

*** Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands** wird im 1. Quartal d. J. nach Bedarf von 5 Blättern auf 2000 entfallen auf die Badische Zeitung 1. Es erscheinen wöchentlich dreimal 1. wöchentlich einmal 20 monatlich einmal 2. alle vierzehn Tage 20 monatlich einmal 1. Der Erhebungsbetrag von 11 dicke Blätter ist Hamburg 1. auf Berlin Centralpost 12. am Leipzig 1. auf Stuttgart 2. auf Gelsenkirchen 2. auf Altenberge 2. auf Arnstadt Eisenach 2. auf Gotha Meiningen Weimar Petersberg 1. Bayreuth und Wiesbaden 1.

* Aus der Schweiz. Schweizerische Zeitungen
berichten: „In Südtirol ist eine Steinplatte gefunden,
die höchstens 1000 Jahre alt ist. Sie besteht aus Kalkstein
und cement Steinholz wie die die ältesten Steine.
Die hohen Böden sind ähnlich geworden wie man gezeigt hat.
Die künstlichen Steine gleichen den natürlichen Sandsteinen
in allen Beziehungen; sie zeigen gleiche Bruchfläche, bringen
unter dem Weitblick wie diese und lassen sich in gleicher
Weise bearbeiten. Auf fröhlichem Weitblicken die steinsteine
den natürlichen Sandstein, ebenso sind sie widerstandsfähig
gegen Temperatur und Witterungseinwirkung. Von
dem großen Reibau des Parac Ernst an Alpenstein
haben diese künstlichen Steine bereits praktische Ver-
wendung.“

Da diesen Steinen bei der Herstellung schon die gewünschte Form gegeben werden kann, ist es klar, daß dadurch eine Anzahl Steinmaler überflüssig werden.

Ein Luzerner Steinbauer flügt in der Zürcher Altstadtsumme: „Weide im Lande und nähere dir redlich!“ Dieses schöne alte Sprichwort hat dem gegenwärtigen Stande des Steinbauerschafersvereins Luzern gegenüber seine Bedeutung im politischen Sinne des Wortes verloren. Umgekehrt heißt es jetzt: „Wirst du dich um deine lieben Altegehörigen redlich ernähren und vor Leid und Jorgen schützen, so ziehe dich aus deiner Heimat in andere Kantone, in andere Staaten, der Arbeit nach.“

Hießige Bauten aus dem 15. und 16. Jahrhundert zeugen von sich geleiteten Ideen und vom Kunststil damaliger Steinhauserarbeiter, nicht weniger die Neuzeit mit der herrlichen Alpenstraße, Platzstraße der protestantischen Kirche, der Gotthardschiffahrtsverwaltung und anderen schönen Bauten mehr, die alle von Steinhausbauverein Bielzern ausgeführt sind. Baumeister Meister Bater, allein arbeitete damals fortwährend mit 40 bis 60 Arbeitern. Gegenwärtig ist das Steinhauserwerk in Bielzern verloren und vergessen, und fragen werden nach dem einzigen schweizerischen dieser Verbindung und Vorstellung, so ist es zu finden auf den Steingrubenplätzen anderer Nationen und Staaten, wo die Steine gehauen und dann hierher transportiert werden, dorthin wandern die Gelder unserer Bauherren, da

Da hauste er, der Riese, ein Despot,
Nachahmend seinen Nachbörden'nen Ahnen,
Misachtend jedes heilige Gebot,
Ein grüner Herrlicher seinen Unterthanen
Herlos und gramam mäkte er die Armen
Mit Hölle fullt, dientstheitlich aer Thiere,
Er kannste weder Mitleid noch Erbarmen.
Wie falt bei Wehern und Kettenkrüren
Nicht Menschen, feige Sklaven wolst er blos,
Von denen keiner nach der Freiheit fragte,
Den reiz gewiß qualvoller Strafe Voss,
Der sein scherhaft Recht zu fordern wagt.

Boll Leugnlichkeit, möcht ein böh' Gewissen.
Die Schlechten straft, die sich mit Schuld beschwören
War der Despot unabsehbar kostlich.
Den Rücht den Eingang in dein Reich zu mehren
Es probreßt warzige ist einmal
Ein alter Geist. Das Rücht wird dein Re-

Siehst dich leisst der erste Sonnenstrahl
Woh Du mir allen deinen Schmerzen loschen
Frei werden kann die du jetzt im Leidchen
All deine Sklaven die dich stand verloren
Das heilige Geist machte ihre Not zu Schonen
Du aber wirst vorgelebten Wonne lieben
Weit gärt er geen' dörtertum sein Macht
Ich eingerichtet thüreig für E' ich denken
Dass jemals in jen' art Weise der Tod
Die Seele löse hier Standen hinter
Sich dannno Peophezeligen hätt mich liebreden
Sprach oft er zu ich lebe' - Wohl - Es war
Doch diese harten Gedanken und Gedan
Schlug vor dem Licht fort ausgedachten Gedan
So werden he's auch staudenlich sehr klein
Du künste' Geist wollt' Gott und mit mir feiern
Hier bringt' nemand der Seele Lichte hindrin
Es wird' mit Leben mehr Seelen her befeiern

Wohl und lebt fortwährend in der Hoffnung, bis Rettungshilfe eintrete; fügt mir noch auf unerträgliche Weise hinzu, daß sie ihm meistens nur unvollständig begegnete.

Es ist dies ein wichtiger und sehr empfehlenswerter Vortrag, der die gesamte Bevölkerung aufmerksam machen soll.

Wandt des Inzerniertheit-Gehäusenachwurzelns, der
nacktiglich vertriebt ist, die Kunst und Arbeit zu fördern
und damit sich und den Städten eine menschenmördige
Stütze zu sichern".

Situationsberichte.

-Whichever,

Bremen. Am 18. April, Rheine 6¹. Uhr, fand in der Briesenhalde, Dösestraße 1, die regelmäßige Mitgliederversammlung der höchsten Juristischen Gesellschaft des Deutschen Reiches und des Kaiserlich Deutschen Staates statt. Nachdem die Anzahl von 11-neuen Mitgliedern vollzogen war, legte der erste Vorsitzende, Herr Dentler, die Quartalsabrechnung vor, welche von den Steuereinheiten für richtig befunden wurde.

Wiederholung vor wenige von den geistlichen und katholischen Verabreden wurde. Im dritten Punkt, Stellungnahme zum Verbands-Sitzungsfelde, wurde ein Komitee von Mitgliedern gewählt, welches in Gemeinschaft mit der Verwaltung den geeigneten Sitzpunkt wählen und die angestrebte Vorlesung treffen soll. Vorauftischlich wird das Sitzungsfeld am Sonnabend, den 28. Juli v. J., stattfinden. Im „Beschleben“ erlaubte sich Herr Jancke freie Ausführungen gegen den Vorstand in Hamburg, welches die Bevollmächtigung sehr ablehnt aufnahm, und wurde davon aus, dass der Vorstand keine Rechte habe.

Bilschauel, als Bube aufgezogen, heimgesuchter, so daß er die Bezeichnung nach einiger Zeit erlich fernher-nahre von Herrn Witemann vorgebracht; daß in einem uns nahe gelegenen Ort, Zetze, 30 bis 40 Männer anfängt seien, welche eine Zahlstelle des Verbundes gründen wollten, jedoch fehlt den Kollegen die nötige Anleitung. Es wurde Herr Bilschauel als Beratungsmanne, beansprucht, das Weitere sehr ehrlich zu betreiben. Herr Schöttinge reichte in Anregung, daß sich die hiesigen Selter und Klepfälziger um Bekämpfung der Arbeitszeit mit ihren Meistern im Kampf befänden; er forderte die Kollegen zur eignen Unterstellung auf und gab hand, daß Männer bei ihm zu taufen seien. Derner schriftete Herr Neder das Verhalten eines

gerne trittet, Herr Weller des Bergwerks zu Hohenstein, welchen die führenen Kollegen Boschen aus Hastedt, welchen vom Uebergange vom Handverein zum Verband auf Berleben in der Liste verzeichnet geblieben war, aber nicht Mitglied des Verbands wurde, jedoch von „Gründstein“ bezog, ohne dazu berechtigt zu sein. Es wird auf Antrag des Herrn Wendorff bestimmt, falls Boschen als Mitglied aufgenommen zu werden wünscht, er erst den Beitrag für den erhaltenden „Gründstein“ entrichtet habe. Hierauf wurde die Versammlung abgebrochen.

9. Uhr geschlossen.
Cassel. Am Mittwoch, 13. April, fand im Hotel des Herrn Wittrock die regelmäßige Mitgliederversammlung der regelmäßigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, usw. statt. Zum Zweck der Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Verhandlung auf 1½ Stunde verlängert. Nach Wiedereröffnung derselben verlas zunächst der Kassirer die Abrechnung; dieselbe wurde für richtig erklärt und dem Präziser Decharge ertheilt. Hierauf entstand die lebhafte Debatte über einen Kollegen, welcher durch den früheren Bevollmächtigten M. 10 zur Führung einer Klage aus der Kasse erhalten, dieselben aber noch nicht wieder zurückgestattet hat. Es wurde beschlossen, den Kollegen im „Grundstein“ anzufordern, seine Adresse bei derjenigen Zahlstelle bekannt zu geben. Über die Maienfeier sprachen die Kollegen D. am. v. Brandt, Kell, Hanib.

Trost für den Augenblick, zu weichen härrn Bangen
Wohin auch der Despot den Blick mögt' richten,
Doch hier ließ er sich nicht mehr zur "Müh" gelangen,
Sie wuchs und wuchs und war nicht zu verachten
Einst schwärm't er umher an jedem Ort,
Und wenn er nur den kleinsten Riß erblickte,
So trug er Sorge, daß man ihn kostet
In alter Eile auf's Genaueste dicke.
Die Wölbungen, die Kanten ließ er stützen
Mit ehr'nen Pfeilern und sie fest verbinden.
Nichts ließ er ungethut sein Reich zu schützen
Wie stark hieß ihn, stets neu Mittel finden.

Und mit der Freude wurde auch des Nielen Grimm,
Der Trrieb zu immer dägern Frevelbaten,
Beulegungen wollte er die ihm re Stimm,
Die kindete: „Du sollt mich selbst verarbeiten“
Gängst willst, was du schläfst, deine Slagen
Künft sehnem sie sich alle nach dem Nächte,
Das sie befehlen soll und dich bestrafen,
Entgegen wirst du nicht dem Richter-Gericht,
Umsonst verschlaf durch mich wie Grammfeind,
Du keine Herzengespenster dir zu Lüdern
Dein Ehe-nacht, das Licht ist nicht reich,
Künft sehnem Sieg mit seinem Mörder frideren
Andessen der Todter sich rühmen möchte,
Das brockete Verhängniß zu klemmen,
Und immer neue Strafen äussern möcht,
Der Armen Schlußschlag nach dem Ende in einer
Fest drauß' am Felzglocken der Wurm der Tod,
Geschlechter als viel tönnend Menschenkinder,
Nach dem Gebote der Reththendpolst,
Brüllt Malin die Federn und die Wände,
Und eines Tages, im hellen Morgen-Licht,
Eins Nachtheit so gebroßen und gebrochen,
Das Licht hängt ewig bis zu dem ersten Sonnen,
Nur es ist schwach, so wie der Geist der

Die rege Beschäftigung mit Berichten über Verluste der
Städte des Reichs und die einflussreiche Verbreitung
dieser Nachrichten in den Zeitungen und Zeitschriften
hatte schließlich die Mächtigen dazu gebracht, über die
polizei- und soziale Lage zu sprechen, doch vornehmlich
über den Zustand der Städte. Außerdem wurde mehrere
interne Angelegenheiten erörtert, wobei eine Schluss-
folgerung gezogen wurde.

Eidölen. Am 1. April kam die bislitzige Bischöfliche
Residenz **Hannover** in **Wien**. Begleitende ihre
regelmäßige Abfahrtserkundung av Der Bevöl-
kerungsfrage, welche **Wetzel** eröffnete um 9 Uhr der
Bundesleitung und wurde mit dem an Ende des an-
gedachten Mittwochabends **24. April** w. d. das den Posten
eines Revisor bekleidete, ein neuer Kommt abmahlen
ist. Bei der ammehr vorgemommenen Weit wurde dem
Revisor **Wetzel** eine Entschädigung gewöhnt. Sodann wurde
allgemein der Befund lauf, die Vertheilung an den
Meister leitend, der Kollegen eine recht zahlreiche seine
mehr. Hierauf wurde losgelöst. Ende dieses Monates

moige". Hierfür wurde vorgelesen. Eine solche Wohltat einer offiziellen Verloumung zwecks Befreiung über die hiesigen Lohnverhältnisse abzuhalten. Es in dieser annehmbarer vorzuhängen als die Meister sich fortgesetzende Gefallen „verdeidigen“ lassen, während noch ein großer Theil der hier anlässlichen Kollegen ohne Arbeit ist.

die hiesige Bühneste des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Versammlung mit dem Tagesordnung: Rechnungslegung und Verschiedenes. Nachdem die Abrechnung verlesen, welche aber nicht überfichtlich genug war, wurde der Kassier beantragt, dieselbe für die nächste Versammlung zu ändern. Im Verchiedenen wurde über die Extrateife gesprochen, welche allen Kollegen zu hoch bemessen war und sich sogar einige Kollegen befanden, die aus dem Verband ausscheiden wollten, wenn die Extrateife nicht herabgesetzt würde. Schließlich kam zur Sprache, daß im Dienst eines Maurermasters Menge einige Greifswalder Maurer vorlieben, die wegen ihres moralischen Vertrags der Rante Gelellen nicht verdienen. Ihre Hauptforce ist, daß sie die kleinen Kollegen beschimpfen und ihnen Peinig abtheilen, so sie haben sogar einen älteren Kollegen thätiger angegriffen. Der „Herkules“ Schmidt meinte sogar, er könnte ohne ein Maurer, der ihm etwas thun könnte, er doch allein das Genie um sich mit solchen Raubkünsten einzufüllen, dann sind die hiesigen Kollegen denn doch zu anständig, man sieht aber doch, wie werden die Maurer in dieser Universitätsstadt noch in der Kultur zurück sind.

Mitgliederversammlung der hiesigen Zunftstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands verlas, zunächst die Klafter, die Abredung, welche als richtig anerkannt wurde. Um zweiten Punkt der Verabredung, „Wurden wir uns zu den Mitgliedern, denen die Meistergestundet, die Freiheit aber abgelaufen und zu denen, deren Freiheit am 1. April abgelaufen war?“ erläuterte zwei Mitglieder in nächster Zeit beachten zu wollen; den Uebrigen wurde auf Beschluss der Versammlung bis zum 1. Juni erlaubt, genähert. Um dritten Punkt: „Andere Verbands-

gerufen. Am letzten Samstag, „am letzten Sonntag“, „am zweiten Sonntag“ „am angelegten Freitag“ wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweitmäigig sei, den Bevölkerung aufzuhören, nach welchen alle Mitglieder, welche wegen Lieberkrenzung des Vohrtariffs ausgeschlossen sind, bei ihrer Wiederannahme A. zu bezahlen haben; ferner, ob es nicht zweitmäigig sei, auch der Streitbrecher in den Verbund aufzunehmen. Es wurde angeführt, daß es wohl bei der jetzigen sozialen Konjunktur Manche, der gefeuerten sei, wieder Mitglieder zu werden; ferner sollte, die A. 10 zu bezahlen, auch man Rücksicht nehmen auf diejenigen, welche einmal einen Fehler gemacht haben, denselben aber bereuen. Es mußte unsere Aufgabe sein, alle Männer in den Verbund einzuziehen. Ebenfalls wurde die Aufnahme der Streitbrecher herumvotiert und angeführt, daß nicht diese alle die Schuh an unserer Niederlage hätten, sondern, daß der Drud des Gehlads und die große Zahl der Reservearmee blinderen Arbeiters mit Verditschungen zu ziehen sei. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den ausgeschlossenen die Aufnahme ohne Wahl von A. 10 zu gewähren, den Streitbrechern jedoch Aufnahme zu verweigern. Ferner wurde beschlossen, Mitglieder zu verpflichten, wenn an sie das Anfangsgefecht wurd, ihrer Feuerwand zu arbeiten, dieses in Versammlungen vorzubringen, welche dann das Weisung zu befehligen haben. Des Weiteren wurde beschlossen, den mit ihren Beiträgen in Rückstande liegenden Mitgliedern das Recht einzuräumen, ihre Beiträge durch den Kassierer entrichten zu können. Sodann folgte, da Weisentliches nicht mehr vorlag, Schluss-Verhandlung.

Leipzig. Am 14. April fand im Saal des „Büchsen“ eine öffentliche Verhandlung der Münze folgender Tagesordnung statt: 1. Lauter Wohn- Arbeitsverhältnisse. 2. Abrechnung vom Unterstellungs- fonds. 3. Bericht der Gemeinschaftsstiftung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung stellte Kollege F. G. S. mehrere Fragen und erläuterte sie, daß die Polizei und Arbeiter- verhältnisse der Münze als traurige zu bestimmen seien und die Schule klein, die Kapitalmiete unzureichend werden müsse, später in gleichaufend, weil geringerer. In Auslande in Form der Kapitalbilanzen und die kleinen, die nach Wissenden. Weil der Arbeitstag bei 11 Stunden abzufallen, so müssen die Arbeitstage auf politischen Wegen zu vereinbaren sein. Nachdem die Frage über Polizei- und Arbeitsverhältnisse geklärt waren, wurde die Abrechnung vom Unterstellungs- fonds, welche durch den Vorsitzenden der Münze vorgelegt worden war, von dem Vorsitzenden aufgeklungen und aufgeklärt. Danach kam ein Antrag zur Abstimmung, daß der Vorsitzende Walther in die Hände kommen möge, welche am 2. April 1880 verabschiedet werden. Die Abstimmung habe die Abstimmung am 18. April 1880 bestätigt.

handen, den Arbeitgebern das Drittel der Beiträge zu schenken. Die großen Centralasien werden es wohl noch einige Jahre durchhalten, zu existieren. Von den kleinen Centralasien wäre es nicht denkbar. Man sage, die kleinen Centralasien sollten den großen beitreten; jedoch glaubt Redner, daß es nicht durchzuführen sei, da zu viel Interessen vorhanden seien, die darnach streben, ihre Existenz zu erhalten. Gegen die Schaffung einer großen, einzigen Zentralasie müsse er sich auch erläutern, da die Verwaltung eine verhältnismäßig hohe sein würde. Gegen die Schaffung der Zentralasien seitens der Gewerkschaften habe er nichts; im Gegenteil, er müsse sich dafür erläutern.

Die Debatte über die Frage, ob es zweckmäßig sei, die freien Kassen fortzuführen oder aufzulösen, stand ihren Abschluß durch die mit 68 gegen 5 Stimmen erfolgte Annahme einer von Dillinge vorgelegten Resolution, welche befagt: "Die Konferenz ist der Ansicht, daß auch unter den neuen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes ein Weiterbestehen der freien Kassen sehr wohl möglich ist und erwartet deshalb, daß die freien Kassen ihre Tätigkeit wie bisher so auch weiterhin fortsetzen werden. Diese Annahme ist selbstverständlich keineswegs für die Vorstudie bindend, da in dieser Sache ja doch endgültig die Mitglieder zu beschließen haben."

Ein Antrag lag der Altona, dem Projekt der Vereinigung aller freien Kassen zuzustimmen, wurde abgelehnt.

Um zweiten Sitzungstage gelangte zunächst folgende Resolution von Bremen-Hamburg zur Debatte:

"Die Konferenz der Vorstände der freien Hülfskassen erkennt an, daß die neuen geistlichen Bestimmungen die Centralasien mehr belasten werden, als dies bisher der Fall war. Diese Mehrbelastung kann jedoch dadurch aufgehoben werden, daß die einzelnen Kassen miteinander in nähere Beziehung treten und in Form eines Verbandes oder von Kassellverbünden gemeinsame Einrichtungen treffen. Viele Kassellverbünden sind dahin abzuschließen, daß

1. die Mitglieder der freien Kassen an einem Orte den Beitragszettel gemeinsam wägen, resp. Vereinbarungen mit den Apotheken treffen;

2. allmälig eine gleiche Verwaltung und eine gleiche Einrichtung der Verwaltungsmaterialien herbeigeführt werde;

3. die Beiträge und Leistungen der Kasse nach gleichen Grundlagen bemessen werden;

4. die Mitglieder per einen Kasse bei Notwechsel in eine andere Kasse eintreten können, ohne daß es weiterer Formalitäten bedarf."

Die Ausarbeitung von Bestimmungen in diesem Sinne in unverzüglich, von der vom Kongreß gewählten Kommission zu beauftragen und den einzelnen Kassen zu unterbreiten.

Die anwesenden Vertreter versprachen sich auf den Generalversammlungen der freien Kassen für Durchführung dieser Kassellverbünden Widerspruch.

Schließlich wurde ein Antrag Grunwalds angenommen, wonach die Einberufer der Konferenz beauftragt werden, ein Verbandsstatut für die Gründung eines Verbandes der freien Hülfskassen auszuarbeiten.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Über die Arbeitslosigkeit in Berlin schreibt der Bogen: "Man nimmt an, daß gegenwärtig sich 20 000 Maurer in Berlin aufzuhalten, von welchen nicht viel mehr als die Hälfte beschäftigt ist. Bimmerleute giebt es vielleicht 10 000, welche auch etwa zur Hälfte beschäftigt sein dürften. An einem Strel braucht in diesem Jahre kaum gedacht zu werden." Wozu diese hämische Bemerkung? Selbstverständlich können unter

der Durchmesser eines elektrisch angetriebenen Wagenrades bei dieser Umdrehungszahl immer noch 3 Meter betragen müsse, falls eine Fahrgeschwindigkeit von 500 Kilometer erzielt werden sollte, daß die Räder also eine Dimension annehmen, welche mit Mülltisch auf die Wucht des Umschwunges, welches das Radmaterial Stand zu halten hat, zu begründeten Bedenken Anlaß geben. Aber selbst wenn man sich über all diese Besorgnisse leichter hinwegsehen wollte, so würde eine Eisenbahn, auf welcher so schnell gefahren wird, dennoch keinen so großen Wert haben, weil der geringe Kurvenhalbmesser 20 Kilometer betragen müsse, während er bei unseren heutigen Eisenbahnen 40 Mal kürzer ist, da er nur 200 Meter beträgt! Wird weiter erworben, daß ein mit 500 Kilometern Geschwindigkeit rollender Zug selbst mit unserer kräftigen Bremse nicht früher, als nach Ablauf von 70 Sekunden in seinem roden Lauf aufgehalten werden, also erst nach Durchlauf eines Weges von 4 Kilometern zum Stillstand kommen könnte, so wird man zur Einsicht gebracht, daß eine derartige Fahrgeschwindigkeit denn doch ganz und gar außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Begnügt man sich mit einer Anhaltestanz von 1 Kilometer, also mit der Möglichkeit des Abstellen des Zuges, nach Ablauf einer Zeit von einer halben Minute, so kommt man auf die Fahrgeschwindigkeit von 180 Kilometern pro Stunde, also auf der Geschwindigkeit, welche dem Dampftriebwagen durch die Notwendigkeit sich ergab, die Lokomotive aus Eisen und Stahl anstrengen zu müssen.

Vacuum sollen wir aber beim elektrischen Betriebe mit einer Anhaltestanz von 1 Kilometer und zufrieden gehen, wenn beim Dampftriebwagen eine halb so kurze Distanz gefordert wird? Was hat denn der elektrische Betrieb in Bezug auf die Fahrsicherheit gegen den Dampftriebwagen vor? Das Gefühl der Unsicherheit ist ja doch dasselbe, ob der Wagen, in welchem wir sitzen, mechanisch oder elektrisch angetrieben wird, wenn er in beiden Fällen mit gleicher Hast über die Schienen rasst.

solchen Verhältnissen die Arbeiter nicht davon denken, für berechtigte Forderungen in dem äußersten Kampf einzutreten. Aber die Bogen, Bsp., tut nicht wohl davon, die Arbeiter derselben zu verböhnen.

* Die Berliner "Nichtverbändler" — neuestens nennen sie sich auch wohl "Antiverbändler" — hatten zum 15. April eine öffentliche Mauerfeier statt, um eine einberufen, die durch sehr schwachen Besuch sich auszeichnete und der Verpredigt der Arbeitsverbänden in Gewerbe diente. Es wurde folgende Resolution angenommen:

"Die Berliner „Nichtverbändler“ — neuestens in der Thatsache, daß viele Baugebäude ihres Inhabers trotz des herrschenden Notstands sich nicht geöffnet, fortwährend die Löhne herabzubringen, jedoch die Erhaltung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse ein Stundenlohn von 60 Pf. dringend erforderlich ist, erfahrungsgemäß aber dem Arbeiter nur das genährt wird, was er, sich durch eigene Kraft mit den Waffen des Gesetzes erlämpft; so ist es Pflicht aller in Berlin arbeitenden Maurer, auf allen Bauten die Sammlungen im Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend kräftig zu fördern, um in geeigneter Zeit den Kampf gegen die Ausbeutung unserer Arbeitsträger energisch aufzunehmen zu können.

Um eine Übersicht zu haben, wieviel die in Berlin und Umgegend arbeitenden Maurer zu ihrer Versetzung von Wohnhäusern und zur Förderung der allgemeinen Arbeiterbewegung aufzubringen gewillt sind, beschließt die heutige Versammlung, nur auf die Listen zum Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend zu kommen, und werden die Vertrauensmänner beauftragt, mit dem Generalfonds nicht nur die wesentlichen Interessen der Maurer zu wahren, sondern auch die allgemeine Arbeiterbewegung damit nach Möglichkeit fördern zu helfen."

Wenn die Herren Volksorganisationssanitäter lernen könnten, so müßten sie längst gelernt haben, daß mit bombastischen Resolutionen den Maurern Berlins nicht gedient ist. Stattdessen, die Resolutionen kompakt aufzuführen, die nachgereicht somit wirken müssen, hemme man sich, vernünftig und ehrlich zu handeln. Der erste Humbug ist's, wenn Leute, die sich's zur Aufgabe machen, die Einigkeit zu erreichen, an die Solidarität appellieren und dabei gar noch sich brüsten, nicht nur für die speziellen Interessen der Maurer, sondern auch für die allgemeine Arbeiterbewegung einzutreten.

* Der polizeilichen Wermuthschaft will die deutsche Buchdrucker vereinigen, welche diese Wermuthschaft vor einigen Jahren auf sich nahm, indem sie den polizeilichen Anforderungen, sich als "Genehmigungspflichtige Verbindungen anstatt" beobhalten zu lassen, entsprach, jetzt ein Ende machen. Die Organisation dieser Vereinigung auf der Grundlage der Selbstständigkeit gegenüber der Polizei bezüglich der Entwurf eines Statuts, welchen der Vorstand des Unterstützungvereins deutscher Buchdrucker im "Correspondent" veröffentlicht. Darnach wird an Stelle dieses Vereins ein Verband deutscher Buchdrucker errichtet. Die wichtigsten Paragraphen des Entwurfs lauten:

a) Erreichung dieses Zwecks dienen insbesondere auf geistigem Wege;

b) freige Durchführung und Aufrechterhaltung der Vorstand des Verbandes als maßgebend anerkannte Bezeichnung in Bezug auf Arbeits-

c) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf geistigem Wege;

d) Erstellung von Arbeitsnachweisen;

e) Belege der Vereinstatistik;

f) Gewährung von unentgeltlichem Rechtschutz;

g) Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Der Sitz des Verbandes ist in Berlin.

* 2. Mitglied des Verbandes kann jeder in Deutschland beschäftigte Buchdrucker, Schriftgießer, Stereotypör oder Papierdrucker werden, sofern er von der Mitgliedschaft seines Konkurrenzortes als Gesellschafter ausgenommen ist und zu dem von dem Vorstand des Verbandes angebrachten Bedingungen arbeitet.

* 3. In gewerblichen Rechtsstreitigkeiten, sowie solchen, welche das Strafrecht, Alter-, und Invaliditätsgesetz betreffen, sowie in Fällen, durch welche ein Mitglied durch sein Eintreten für den Verband des Rechtschutz es bedarf, kann der selbe nach Anhörung eines juristischen Gutachters gewahrt werden.

* 4. Eine Reise-Unterstützung kann an Mitglieder, welche dem Verband mindestens 18 Wochen angehören und ihren Zahlungsrästen nachkommen sind, gewährt werden.

* 5. Arbeitslosen Mitgliedern, welche mindestens 150 Wochenbeiträge geleistet haben, kann für den Zeitraum bis zu 20 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung gewährt werden.

* 6. Ob und in welcher Höhe eine jede der aufgeführten Unterstützungen gewährt werden kann, entscheidet der Verbandsvorstand; derselbe kann jedoch, im Falle einer Reise- oder Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommen, die Entscheidung dem zuständigen Vorstand überlassen.

* 7. Eine Reise-Unterstützung kann an Mitglieder, welche dem Verband mindestens 18 Wochen angehören und ihren Zahlungsrästen nachkommen sind, gewährt werden.

* 8. Arbeitslosen Mitgliedern, welche mindestens 150 Wochenbeiträge geleistet haben, kann für den Zeitraum bis zu 20 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung gewährt werden.

* 9. Ob und in welcher Höhe eine jede der aufgeführten Unterstützungen gewährt werden kann, entscheidet der Verbandsvorstand; der selbe kann jedoch, im Falle einer Reise- oder Arbeitslosen-Unterstützung in Frage kommen, die Entscheidung dem zuständigen Vorstand überlassen.

* 10. In besonderen Notfällen kann der Verbandsvorstand sowohl an Mitglieder als Nichtmitglieder Unterstützungen gewähren.

* 11. Alle in den §§ 6 ff. aufgeführten Unterstützungen sind steinig, ein Rechtsanspruch steht keinem Mitglied auf dieselben zu.

* 12. Der Vorstand ist ermächtigt, aus dem Vermögen des Verbandes an Mitglieder und Nichtmitglieder Darlehen zu gewähren.

* Das erste Klischee des § 1 ist verbessertungsbedürftig; der Verband stellt sich durch die Worte "mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen" eine Illusion, die er so minutiös, wie es hier vorgeschrieben, gar nicht halten kann. Wenn man kurz gesagt hätte: "Der Verband deutscher Buchdrucker hat zum Zweck der Vertretung der gewerblichen Interessen seiner Mitglieder," so wäre das einerseits genügend, um zu verhindern, daß er zum Versuchsfeld für politische Bestrebungen gemacht wird, die mit dem Gewerbe nichts zu thun haben, andererseits würde dadurch vermieden sein, daß sehr wichtige, auch das Gewerbe berührende Fragen im Verband nicht erörtert werden können, weil sie ihres allgemeinen Interesses halber als politische bezeichnet werden.

* Proben höherer Hornirtheit legten etliche sogenannte "unabhängige Sozialisten" in einer Berliner gewerkschaftlichen Versammlung ab. Der bekannte Walter Schweizer meinte, daß ein Weltstreich lebenswerts eine Utopie sei. Der Parlamentarismus müsse verworfen werden. Schuhmacher Knüdig bemerkte, daß es zwei proletarische Richtungen gebe, das eine und das Lumpenproletariat. Die offizielle Sozialdemokratie habe das Internationale abgestreift und rechte auf den Ministerposten; sie hieße sich die Unterordnung des Ministerposten zu schütteln. Der Klassenkampf müsse auf gewerkschaftlichem Gebiete geführt und der Gewaltkampf entgegen gesetzt werden. Schuhmacher Seidenberg erklärte, daß ihm ein guter Knüppel lieber sei, als 10 Abgeordnete. Die Herren führen ihre Bezeichnung "unabhängig" mit Recht; sie sind in der That völlig unabhängig von der Verunft.

* Eine furiose Moralspredigt, die halb den "schlechten" Unternehmern, halb den Arbeitern gilt, läßt die "Bauergewerkschaft" los:

"Staat und Stadt bauen weniger als sonst."

* Die Lage der Bauarbeiter ist deswegen in Berlin keine bedenksweise, denn sie haben außer mit dem Mangel an Arbeit auch mit Bohrkreuzungen zu kämpfen. Großes Angebot drückt die Preise und die Arbeitgeber müssen sich auch in den meisten Fällen nach Angebot und Nachfrage richten, aber im Interesse der

bau einer Dampfseilbahn so sehr in Anspruch nehmen, sowie daß die ungleichen Abwicklungen der zwangsläufig untereinander verbundenen Lokomotivräder nicht vorkommen, weil der elektrische Wagen einer Rädertupierung nicht bedarf. Mit Rücksicht auf diese Momente können beim elektrischen Antriebe der Eisenbahnwagen ohne weiteres 2 Meter hohe Räder zur Anwendung gelangen und durch eine Anhaltestanz von 1 Kilometer als zulässig erkannt werden. Geschicht dies aber, so kann die Fahrgeschwindigkeit einer elektrischen Eisenbahnfahrt auf 200 Kilometer gesteigert werden, weil eben dieser Geschwindigkeit ein Radabstand von 2 Meter und eine Anhaltestanz von 1 Kilometer zugemessen, wobei freilich eine tief einschneidende Rekonstruktion unseres heutigen Oberbaues vorausgesetzt wird.

Des Lichten Sieg.

Ein Sagensang zum Maifest.

Aus jerner Kindheit kent mir eine Sage
Voll lieben Eltern, den erzt der Mann erkannte
Ein mächtig großes Reich sein eigen naunte.
Dahin draug nicht der gold'ne Sonnenchein,
Des Mondes Glanz, der Sterne hell' Gefunzel;
Umgrenzt und überwölbt von Felsgestein
War's eine Stätte für unheimlich Dunzel.
Etes Gehörn froch geifernd auf den kalten
Schliffenden Boden, der nur Eist konnt' geben;
Die Eule nistete rings in den Spalten
Und sonst ge Brut, die nicht am Tag kann' leben.

Arbeiter muß man doch wünschen, daß die Preise nach Möglichkeit gehalten werden. Man soll die Wohl nicht aufsäumen. Leider gibt es in Berlin sehr viele unqualifizierte und unqualifizierbare Baumeister, welche kein Gebot der Ehre beachten. Diese drücken die Arbeiter, wenn Überfluss an Arbeitern vorhanden ist, und kriegen von den Arbeitern keinen Alles, wenn Arbeitermangel da ist. Diese Leute werden auch jetzt an ihren alten Gewohnheit festhalten, und den Arbeiter drücken. Die Arbeiter wollen sich zwar an diesen Leuten rächen, indem sie ihnen die Bauten sperren und somit in einen Einzelschlag treten, aber das ist leichter gesagt, als gethan. Wenn wenig Arbeit ist, dann sperrt man die Bauten nicht so leicht, wie in Zeiten der Arbeitsnöte. Und dann sollten die Arbeiter doch auch von so bösen Beispielen abschauen. Arbeitssperren schaffen immer Ungelehrtheit, Gewaltthut und brutale Handlungswweise in sich. Die Nachziele verjüngen sich im Gerichtssaal."

Also ein "Gebot der Ehre" ist es für die Unternehmer, die Löhne nach Möglichkeit zu halten. Was heißt das „nach Möglichkeit“? Vielleicht unterliegen sich die Berliner Kollegen der dauerhaften Aufgabe, mal festzuhalten, wie viel sieben Fünfzigsteiner sich unter den die Wöhne drückenden Unternehmen befinden.

* Die gewerkschaftliche Presse Deutschlands wies in 1. Quartal d. J. einen Bestand von 55 Blättern auf. Dabon entfallen auf die Baugewerbe 8. Es erscheinen wöchentlich dreimal 1, wöchentlich einmal 28, monatlich dreimal 2, alle vierzehn Tage 20, monatlich einmal 4. Der Erhebungsort von 21 dieser Blätter ist Hamburg, auf Berlin entfallen 12; auf Leipzig 4, auf Stuttgart 2, auf Gelsenkirchen 2, auf Altenburg 2; auf Arnstadt, Burgstädt, Gotha, München, Dresden, Bautzen, Hannover, Danau und Wiesbaden je 1.

* Aus der Schweiz. Schweizerische Zeitungen berichten: „In Zürich ist eine „Steinfabrik“ gegründet worden. In derselben werden aus Flusstein und Cement Steinblöcke, wie sie die altesten Steinbrüche liefern, fälschlich geformt oder auch gegossen. Diese fälschlichen Steine gleichen den natürlichen Sandsteinen in allen Beziehungen: sie zeigen gleiche Bruchstücke, klingen unter dem Meißel wie diese und lassen sich in gleicher Weise behauen. Als Festigkeit übertrifft die Kunsteine den natürlichen Sandstein; ebenso sind sie widerstandsfähig gegen Temperatur- und Witterungseinflüsse. In dem großen Neubau des Herrn Ernst am Alpenanbau finden diese künstlichen Steine bereits praktische Verwendung.“

Da diesen Steinen bei der Herstellung schon die gewöhnliche Form gegeben werden kann, so ist klar, daß dadurch eine Anzahl Steinbrüche überflüssig werden.

Gis Luzzener Steinbauer fragt in der Zürcher „Arbeiterstimme“: „Bleibe im Lande und nähere dich redlich!“ Dieses schöne Sprichwort hat dem gegenwärtigen Stande des Steinhauferschaffens Luzern gegenüber seine Bedeutung in vollster Sinne des Wortes verloren. Umgedreht heißt es jetzt: „Willst du dich und deine lieben Angehörigen redlich ernähren und vor Lebensorgen schlafen, so ziehe aus deiner Heimat in andere Kantone, in andere Staaten, der Arbeit nach.“

Häufige Bauten aus dem 15. und 16. Jahrhundert zeugen von schön geleisteten Ideen und vom Kunstgewerbe damaliger Steinhaufersarbeiter, nicht weniger die Neuzeit mit der herrlichen Alpenstraße, Pilatusstraße, der protestantischen Kirche, der Gotthardbahnhofswartung und anderen schönen Bauten nicht, die alle vom Steinhauferschaffens Luzern ausgeführt sind. Baumeister Meyer, Balmer, allein arbeitete damals fortwährend mit 40 bis 60 Arbeitern. Gegenwärtig ist das Steinhauferschaffens in Luzern verlottert und verkommen und fragen wir nach dem einzigen stichhaltigen Grunde dieser Verkommenung und Verlotterung, so ist er zu suchen auf den Steinbrüchen anderer Kantone und Staaten, wo die Steine gehauen und dann hierher transportiert werden; dorthin wandern die Gelder unserer Bauherren, dort

erleichtert der dauerhaft dominante Arbeiter seinen großen Lohn und lebt luftig frei, während in der Heimat die steuerzahrende Steinbauer fast nur noch auf Fleißarbeiten angewiesen sind und sich meistens nur summärlich durchdringen können.

Den gerungenen Nebenständen kann nur dadurch abgeholfen werden, daß bei Neubauten die hiesigen oder fremden Baumaterialien zur Ausführung übertragen werden, die Steinhauferschaffens auf hiesigem Blache ausgeschafft werden.

Es ist dies ein wohlerwogener und gerechtfertigter Wunsch des zürnerischen Steinhauferschaffens, der unablässig besteht ist, die Kunst und Arbeit zu fördern und damit sich und den Seinen eine menschenwürdige Existenz zu sichern.“

Situationsberichte.

Maurer.

Bremen. Am 13. April, Abends 5^o, Uhr, fand in der „Vereinshalle“, Dütterstraße 1, die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Nachdem die Aufnahme von 14 neuen Mitgliedern vollzogen war, legte der erste Kassirer, Herr Deinert, die Quartalsabrechnung vor, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Im dritten Punkte „Stellungnahme zum Verbands-Stiftungsfest“ wurde ein Komitee von 5 Mitgliedern gewählt, welches in Gemeinschaft mit der Verwaltung den geeignetesten Zeitpunkt wählen und die nötige Vorbereitung treffen soll. Vorauftakt wird das Stiftungsfest am Sonnabend, den 23. Juli d. J., stattfinden. In „Beschiedenen“ erlaubt sich Herr Janzen große Ausschreitungen gegen den Vorstand in Hamburg, welches die Versammlung sehr übernahm, und wurde allgemein von den Kollegen zu hoch bewertet und wurde ausgetragen, wenn die Extrasteuern nicht herabgesetzt würden. Sodann kam zur Sprache, daß an dem Bau des Maurermeisters Mohr einige Greifswalder Maurerarbeiter, die wegen ihres moralischen Vertrags den hiesigen Geist nicht verdiensten. Ihre Hauptvorwurf ist, daß sie die hiesigen Kollegen beschimpfen und ihnen Prügel anbieten, sie haben sogar einen älteren Kollegen thätslich angegriffen. Der „Herkules“ Schmidt meinte sogar, in Stralsund, er wäre nicht ein Maurer, der ihm etwas thun könnte, er würde nicht das Genick um. Sich mit solchen Maßnahmen einzulassen, dazu sind die hiesigen Kollegen denn doch zu anständig, man sieht aber doch, wie weit die Maurer in dieser Universitätsstadt noch in der Kultur zurück sind.

Wandsbeck. In der am 5. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands verlas zunächst der Kassirer die Abrechnung, welche als richtig anerkannt wurde. Im zweiten Punkte der Tagesordnung: „Wer stellen wir uns zu den Mitgliedern, denen die Beiträge gefordert, die Freiheit aber abgelaufen und zu Denen, deren Freiheit am 1. April abgelaufen war?“ erklärten zwei Mitglieder in nächster Zeit bezahlen zu wollen; den übrigen wurde auf Beschluss der Versammlung bis zum 1. Juni Freiheit genehmigt. Im dritten Punkte: „Findet Verbandsangelegenheiten“ wurde die Frage angeregt, ob es nicht zweitmäßig sei, den Beschluss aufzuhängen, nach welchen alle Mitglieder, welche wegen Übertretung des Lohnarifs ausgeschlossen sind, bei ihrer Wiederaufnahme M. 10 zu bezahlen hätten; ferner, ob es nicht zweitmäßig sei, auch die Streikbrecher in den Verband aufzunehmen. Es wurde angeführt, daß es wohl bei den jüngsten schlechten Konjunkturen Menschen, der gesonne sei, wieder Mitglied zu werden, schwer fasse, die M. 10 zu bezahlen, auch müsse man Rückicht nehmen auf Dieseljenigen, welche einmal einen Fehler gemacht haben, denselben aber bereuen. Es müsse unsere Aufgabe sein, alle Maurer in den Verband hineinzuziehen. Ebenfalls wurde die Aufnahme der Streikbrecher besprochen und angeführt, daß nicht diese allein die Schuld an unserer Niederlage hätten, sondern, daß der Druck des Geldabsatzes und die große Zahl der Reservearmee bildenden Arbeiter mit in Verantwortung zu ziehen sei. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den ausgeschlossenen die Aufnahme ohne Zahlung von M. 10 zu gewähren, den Streikbrecher jedoch die Aufnahme zu verweigern. Ferner wurde beschlossen, die Mitglieder zu verpflichten, wenn an sie das Unsinnen gesetzt wird, über Feierabend zu arbeiten, dieses in den Versammlungen vorzubringen, welche dann das Weiter zu beschließen haben. Des Weiteren wurde beschlossen, den mit ihren Beiträgen im Rückstande sich befindlichen Mitgliedern das Recht einzuräumen, ihre Beiträge im Hause des Kassirers entrichten zu können. Sodann erfolgte, da wesentlich nichts mehr vorlag, Schluß der Versammlung.

Cassel. Am Mittwoch, 13. April, fand im Botschaft des Herrn Witrook die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Zum Zweck der Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Versammlung auf 1/2 Stunde verlängert. Nach Wiedereröffnung derselben verlas zunächst der Kassirer die Abrechnung; dieselbe wurde für richtig erklärt und dem Kassirer Decharge erteilt. Hierauf entstand eine lebhafte Debatte über einen Kollegen, welcher durch den führenden Bevollmächtigten M. 10 zur Führung einer Klage aus der Kasse erhalten, dieselben aber noch nicht wieder zurückzugeben hat. Es wurde beschlossen, den Kollegen im „Grundstein“ aufzufordern, seine Adresse der hiesigen Bahnhofstelle bekannt zu geben. Über die Mai-Sätze sprachen die Kollegen Damann, Brandt, Kerl, Hanibal

Trost für den Augenblick, zu weichen starker Bangen. — Wohin auch der Despot den Blick mocht' richten, Die Furcht ließ ihn nicht mehr zur Ruhe gelangen, Sie wuchs und wuchs und war nicht zu vernichten.

Erschrockt sah er umher an jedem Ort,

Und wenn er nur den kleinen Riß erblickte,

So trug er Sorge, daß man ihn sofort

Zu aller Eile auf's Genusse stieße.

Die Lösungen, die Kanten ließ er flügen.

Mit ehr'nen Peitschen und sie fest verbünden.

Nichts ließ er ungern, sein Reich zu schützen.

Die Furcht hiß ihn stets neue Mittel finden.

Und mit der Furcht wuchs auch des Riesen Grimm,

Der Trieb zu immer ärgeren Freveltholen;

Begegnungen wollte er die inn're Stimme,

Die kündete: „Du hast dich selbst verrathen!

König wissen, was du fürchtst, deine Sklaven,

Nun sehn sie sich alle nach dem Lichte,

Das sie befreien soll und dich bestrafen.

Entgegen werst du nicht dem Richt-Gerichte.

Umsonst verflucht durch wild'n Grausamtet

Du deine Herzens-Qualen da zu lindern.

Dein Ende naht, — das Licht ist nicht mehr weit,

Kannst seinen Sieg mit seinem Mittel hindern.“

Indessen der Despot sich jährend quälte,

Das drohende Verhängnis zu bekämpfen,

Und immer neue Strafen auszuwählen,

Der Armen Schluft nach dem Licht zu dämpfen;

Fraß drauß' am Felsenstein der Wurm der Zeit;

Geschickt als viel tausend Menschenhände,

Nach dem Gebote der Rothwendigkeit,

Verbst Natur die Doten und die Wände,

Und eines Tags, zur hellen Mittagsstunde,

Sind krachend sie geborsten und gebrochen,

Das Licht drang ein bis zu dem tiefen Grunde —

Und es geschah, so wie der Geist gesprochen:

K. F.

und Reichtum und beflügelten sämtliche Redner die rege Befreiung an derselben. In „Beschiedenen“ verlas der Bevollmächtigte ein Circular des Vorstandes und erklärte die Mitglieder, sich zu äußern über die Höhe der Löhne. Es wurde festgestellt, daß der niedrigste Lohn 25.-, der höchste Lohn 38.- und der Durchschnittslohn 33.-, die Stunde beträgt. Nachdem noch mehrere interne Angelegenheiten erledigt waren, fand Schluß der Versammlung statt.

Gießen. Am 5. April hielt die hiesige Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte, Kollege Weißer, eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und teilte mit, daß an Stelle des auscheidenden Mitgliedes Hanewald, das den Posten eines Reditors bekleidete, ein neuer Revisor zu wählen sei. Bei der nunmehr vorgenommenen Wahl wurde der Kollege Weißer einstimmig gewählt. Sodann wurde allgemein der Wunsch laut, daß die Befreiung an der Maizeit seitens der Kollegen eine recht zahlreiche sein möge. Hierauf wurde beschlossen, Ende dieses Monats eine öffentliche Versammlung zwecks Besprechung über die hiesigen Lohnverhältnisse abzuhalten. Es ist dieses umso mehr ratschlägig, als die Meister sich fortgesetzte frende Gesellen „vertreiben“ lassen, während noch ein großer Theil der hier ansässigen Kollegen ohne Arbeit ist.

Stralsund. Am Sonnabend, den 16. April, hielt die hiesige Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: Abrechnung und Berichtes. Nachdem die Abrechnung verlesen, welche aber nicht übermäßig genug war, wurde der Kassirer beauftragt, dieses zur nächsten Versammlung zu ändern. Im „Beschiedenen“ wurde über die Extrasteuern gesprochen, welche fast allen Kollegen zu hoch bewertet und sich sogar einige Kollegen meldeten, die aus dem Verband ausgetreten wölkten, wenn die Extrasteuern nicht herabgesetzt würden. Sodann kam zur Sprache, daß an dem Bau des Maurermeisters Mohr einige Greifswalder Maurerarbeiter, die wegen ihres moralischen Vertrags den hiesigen Geist nicht verdiensten. Ihre Hauptvorwurf ist, daß sie die hiesigen Kollegen beschimpfen und ihnen Prügel anbieten, sie haben sogar einen älteren Kollegen thätslich angegriffen. Der „Herkules“ Schmidt meinte sogar, in Stralsund, er wäre nicht ein Maurer, der ihm etwas thun könnte, er würde nicht das Genick um. Sich mit solchen Maßnahmen einzulassen, dazu sind die hiesigen Kollegen denn doch zu anständig, man sieht aber doch, wie weit die Maurer in dieser Universitätsstadt noch in der Kultur zurück sind.

Wandsbeck. In der am 5. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands verlas zunächst der Kassirer die Abrechnung, welche als richtig anerkannt wurde. Im zweiten Punkte der Tagesordnung: „Wer stellen wir uns zu den Mitgliedern, denen die Beiträge gefordert, die Freiheit aber abgelaufen und zu Denen, deren Freiheit am 1. April abgelaufen war?“ erklärten zwei Mitglieder in nächster Zeit bezahlen zu wollen; den übrigen wurde auf Beschluss der Versammlung bis zum 1. Juni Freiheit genehmigt. Im dritten Punkte: „Findet Verbandsangelegenheiten“ wurde die Frage angeregt, ob es nicht zweitmäßig sei, den Beschluss aufzuhängen, nach welchen alle Mitglieder, welche wegen Übertretung des Lohnarifs ausgeschlossen sind, bei ihrer Wiederaufnahme M. 10 zu bezahlen hätten; ferner, ob es nicht zweitmäßig sei, auch die Streikbrecher in den Verband aufzunehmen. Es wurde angeführt, daß es wohl bei den jüngsten schlechten Konjunkturen Menschen, der gesonne sei, wieder Mitglied zu werden, schwer fasse, die M. 10 zu bezahlen, auch müsse man Rückicht nehmen auf Dieseljenigen, welche einmal einen Fehler gemacht haben, denselben aber bereuen. Es müsse unsere Aufgabe sein, alle Maurer in den Verband hineinzuziehen. Ebenfalls wurde die Aufnahme der Streikbrecher besprochen und angeführt, daß nicht diese allein die Schuld an unserer Niederlage hätten, sondern, daß der Druck des Geldabsatzes und die große Zahl der Reservearmee bildenden Arbeiter mit in Verantwortung zu ziehen sei. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den ausgeschlossenen die Aufnahme ohne Zahlung von M. 10 zu gewähren, den Streikbrecher jedoch die Aufnahme zu verweigern. Ferner wurde beschlossen, die Mitglieder zu verpflichten, wenn an sie das Unsinnen gesetzt wird, über Feierabend zu arbeiten, dieses in den Versammlungen vorzubringen, welche dann das Weiter zu beschließen haben. Des Weiteren wurde beschlossen, den mit ihren Beiträgen im Rückstande sich befindlichen Mitgliedern das Recht einzuräumen, ihre Beiträge im Hause des Kassirers entrichten zu können. Sodann erfolgte, da wesentlich nichts mehr vorlag, Schluß der Versammlung.

Cassel. Am Mittwoch, 13. April, fand im Botschaft des Herrn Witrook die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhofstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Zum Zweck der Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder wurde die Versammlung auf 1/2 Stunde verlängert. Nach Wiedereröffnung derselben verlas zunächst der Kassirer die Abrechnung; dieselbe wurde für richtig erklärt und dem Kassirer Decharge erteilt. Hierauf entstand eine lebhafte Debatte über einen Kollegen, welcher durch den führenden Bevollmächtigten M. 10 zur Führung einer Klage aus der Kasse erhalten, dieselben aber noch nicht wieder zurückzugeben hat. Es wurde beschlossen, den Kollegen im „Grundstein“ aufzufordern, seine Adresse der hiesigen Bahnhofstelle bekannt zu geben. Über die Mai-Sätze sprachen die Kollegen Damann, Brandt, Kerl, Hanibal

Trost für den Augenblick, zu weichen starker Bangen. — Wohin auch der Despot den Blick mocht' richten, Die Furcht ließ ihn nicht mehr zur Ruhe gelangen, Sie wuchs und wuchs und war nicht zu vernichten.

Erschrockt sah er umher an jedem Ort,

Und wenn er nur den kleinen Riß erblickte,

So trug er Sorge, daß man ihn sofort

Zu aller Eile auf's Genusse stieße.

Die Lösungen, die Kanten ließ er flügen.

Mit ehr'nen Peitschen und sie fest verbünden.

Nichts ließ er ungern, sein Reich zu schützen.

Die Furcht hiß ihn stets neue Mittel finden.

Und mit der Furcht wuchs auch des Riesen Grimm,

Der Trieb zu immer ärgeren Freveltholen;

Begegnungen wollte er die inn're Stimme,

Die kündete: „Du hast dich selbst verrathen!

König wissen, was du fürchtst, deine Sklaven,

Nun sehn sie sich alle nach dem Lichte,

Das sie befreien soll und dich bestrafen.

Entgegen werst du nicht dem Richt-Gerichte.

Umsonst verflucht durch wild'n Grausamtet

Du deine Herzens-Qualen da zu lindern.

Dein Ende naht, — das Licht ist nicht mehr weit,

Kannst seinen Sieg mit seinem Mittel hindern.“

Indessen der Despot sich jährend quälte,

Das drohende Verhängnis zu bekämpfen,

Und immer neue Strafen auszuwählen,

Der Armen Schluft nach dem Licht zu dämpfen;

Fraß drauß' am Felsenstein der Wurm der Zeit;

Nach dem Gebote der Rothwendigkeit,

Verbst Natur die Doten und die Wände,

Und eines Tags, zur hellen Mittagsstunde,

Sind krachend sie geborsten und gebrochen,

Das Licht drang ein bis zu dem tiefen Grunde —

Und es geschah, so wie der Geist gesprochen:

K. F.

Wohlfahrtsvereinigungen — nur dazu dienen, die Kapital-nachricht zu stärken und den Arbeiter abhängig von der-selben zu machen. Zum Schlus führt Redner noch aus, daß nur die Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine strenge und feste Organisation den Arbeiter zum Ziel führe. Weicher Wollf lohnt den Redner als Abgabeherrn "übergegangen". Hierüber entspann sich eine lebhafte Debatte über das Verhalten mehrerer Kollegen, die den Lohnarbeits nicht innerhalb hatten. Ein Antrag, die betreffenden Kollegen auszufordern, wurde jedoch als Thürkontrolleure: die Kollegen Wübbeling und Linke gewählt. Der vierte Punkt, "Abrechnung vom letzten Quartal", wurde wegen vorgeschichteter Zeit bis zur nächsten Versammlung verlegt. Hierauf folgte Schlus der Ver-sammlung 11¹/2 Uhr.

Calbe a. S. Am Sonntag, den 29. März, tagte im Hotel des Herrn Büdde eine öffentliche Maurer-Ver-sammlung unter Leitung des Kollegen Schulze, Baldamus und Jo haa n u. Nachdem der 1. und 2. Punkt der Tagesordnung, "Abrechnung der Krankenunterstützungsfest und Wahl eines Kassenverwalters erledigt war, entspann sich über den 3. Punkt, "Die Lohnneubildung" eine lebhafte Debatte. Der Gesellenauschuss wurde beauftragt, mit den Meistern zu verhandeln und an dem Bohnat von 35 & pro Stunde festzuhalten. Nachdem die Verhandlung stattgefunden, in welcher die Meister erklärt hatten, den Lohn von 32 auf 33 & erhöhen zu wollen, fand am 9. April wiederum eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Gesellenauschuss Bericht erstattete. Kollege Schulze teilte den obigen Beschluss der Meister mit und entwidete sich hierauf eine lebhafte Debatte, in welcher von mehreren Kollegen betont wurde, daß mit dem bisher bezahlten Lohn nicht auskommen und man gezwungen sei, Schulden zu machen. Nachdem noch einige Kollegen vom Gesellenausschuss benannt waren, daß sie den Meistern die traurige Lage der hiesigen Maurer klargeleget, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Lohn von 35 & festzuhalten, und wurde der Gesellenausschuss beauftragt, diesen Beschluss den Meistern schriftlich mitzuteilen, da dieselben sich auf mündliche Verhandlungen nicht mehr einlassen wollen. Der Gesellenausschuss kam diesem Auftrage nach und ging denselben von den Meistern folgender Bescheid zu:

„An den Ausschuß der Maurergesellen

b. V. W. Schulte, Calbe a. S.

Die Unterzeichneten haben vor dem Besluß der Maurergesellen Kenntnis genommen und daraus erfahren, daß wir auf ein Entgegenkommen, wie es die Meister schon wiederholt Ihnen gegenüber gezeigt — Ihrerseits nicht zu rechnen haben. (Ein prachtvolles Deutsch. Die Red.) Unsere Gründe sind Ihnen eben-

sfalls bekannt genug und wissen Sie auch, daß wir nicht sofort Weise eine Herabsetzung des Lohnes angeregt haben, sondern durch die allgemeine, traurige Gesellschaftslage, — der Forder, auch die Maurer, Rechnung tragen müssen — und durch den Wunsch eines großen Theiles unserer Bürgerchaft dazu gezwungen werden. Wir erwähnen noch, daß wir vor dem das Lohn auf 32 & pro Stunde festgestellt hatten, auf Ihnen besondere Wünsche uns aber gern bereit erklärt, mit dem Gesellen-Ausschuss diesbezüglich zu verhandeln. Ein Resultat ist auch trotz unseres Entgegenkommens, den Lohn auf 33 & pro Stunde zu normieren, nicht erzielt worden, so daß man sich der weiteren Überzeugung nicht verschieben kann, daß, wenn wir 34¹/2 & geboten hätten, auch dieser Vorwurf Ihre Zustimmung nicht erlangt haben würde. Dies schafft und den allgemeinen Verhältnissen nicht im Geringsten Rechnung tragende Ablehnung bestimmt uns daher den Bohnat vom 19. April auf den von uns früher mitgetheilten Satz von 32 & pro Stunde festzusetzen. Dicjenigen Gesellen, welche glauben, sich diesem Beschluss nicht fügen zu können, müssen wir es annehmen, sich mit diesem Tage einen andern Wirkungsort zu suchen.“

Hamburg. In der am 14. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands stand zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Ist neben der politischen Bewegung auch die gewerkschaftliche Organisation notwendig?“ Herr Hartwig, welcher dazu das Referat übernommen hatte, schilderte zunächst die Entstehung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen neben der politischen Bewegung sei schon früh zu Tage getreten und seien auch demzufolge bereits im Jahre 1869 gewerkschaftliche Organisationen gegründet worden, welche sich, wenn auch oftmals einer Veränderung unterworfen, doch bis zum Jahre 1878, in welchem das Sozialistengesetz erlassen wurde, erhalten hätten. In diesem Jahre seien die gewerkschaftlichen Organisationen mit der politischen dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen; ein Theil derselben habe sich freiwillig aufgelöst, um wenigstens nicht das Vermögen der Polizei in die Hände fallen zu lassen, ein anderer Theil sei durch die Polizei aufgelöst worden. Im Anfang des 80. Jahrhunderts wieder der Anfang gemacht worden, sich gewerkschaftlich zu organisieren und zwar in der Form von Fachvereinen, welche nur örtlich organisiert waren und zum Theil noch beständigen, während ein anderer Theil sich später in Centralverbänden vereinigt habe. Die politische Bewegung habe hauptsächlich den Zweck, die Massen aufzulösen und sie vorzubereiten, daß sie befähigt werden, die Regelung der Produktion selbst in die Hand zu nehmen. Dagegen habe die gewerkschaftliche Bewegung die Aufgabe, die materielle Lage des Arbeiters in der Zeit zu heben, und es sei Pflicht aller Arbeiter, sich sowohl an der politischen als auch der gewerkschaftlichen Bewegung zu beteiligen. Hierauf nahm der Bevollmächtigte Herr Bömelburg das Wort und ergänzte, bezeichnend auf die Verhandlungen der internationalen Kongresse und die Ansprüche der Vertreter der deutschen Arbeiter auf denselben, den Vorwurf des Herrn Calwitz in vorstelliger Weise. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Vorlage von fünf Personen zur Wahl eines Vorstandsmitgliedes“ wurden die Herren

Wübbeling, Büdler, Baldamus, Schulte und auch den letzten freien Platz haben will, so ist doch der Büdchen durch eine Abstimmung auf den zweiten Platz zu verwerfen. Außerdem die Gesellen Abends, wenn sie sich in den Kneipen herumtreiben, nur in solche gehen, welche Arbeiterblätter auslegen, und dieselben lieblich durchlesen, so würden sie sich die Kenntnis verschaffen. Dah durch die Arbeitszeitverkürzung der Bohr nicht fällt sondern steigt, und sie werden auch den Werth der Organisation löschen lernen. Das Solidaritätsgefühl würde sich heben und der Klassenhass verschwinden und es würden sich mehrere Kollegen finden, welche öffentlich ihre Interessen vertreten würden, und es würde nicht vorkommen, daß dieselben gemahngestellt werden, welche die Arbeitssachen vertreten. — Wie dürfen Sie nicht einstellen? erhält ich gewöhnlich als Antwort von den Meistern, wenn ich mit Arbeit anspreche; man zust mit den Achteln und sagt: „Geben Sie mir einen tüchtigen Arbeiter, aber wie dürfen Sie nicht anstellen.“ Frage ich, woher das Verbot kommt, so zust mit abweichen mit den Achseln und läßt mich stehen. Da die Meister nicht alle in einer Annahme vereinigt sind, so liegt die Möglichkeit vor, daß dieses Verbot von höherer Stelle ausgeht. Dieses kann aber auch nur im Reiche der Gottesrecht und guten Sitten geschehen.

Albert Schoebel.

Aus Trier.

Wie der Kapitalismus in unserer „heiligen“ Stadt vorgeht, zeigt folgendes Bortomniß am Bau des neuen Antoniushauses in der Predigerstraße. An diesem Bau arbeiteten der Kassirer und mehrere Mitarbeiter der hiesigen Zahlstelle, welche die vor einem Jahre erungenen 10¹/2 stündige Arbeitszeit unter allen Umständen hoch zu halten gewillt waren. Trotzdem genannter Bauherr sich als großer Arbeitserfeund aufspielt, wollte er nicht, daß an seinem Bau die 10¹/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werde, und mußten am Samstag, den 22. d. M., unsere Kollegen den Bau verlassen.

Korrespondenzen der Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands.

Situationsbericht.

In Altenburg i. S. sind die Schuhmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen sind: Bezahlung des von den Arbeitgebern im vorigen Jahre aufgestellten Lohnariffs in allen Werkstätten, Abschaffung jeder Sonntagsarbeit und Auszahlung des Bonns am Sonnabend. Um Fernhalten des Zuganges wird ersucht.

Adresse in Altenburg: E. Gabler, Ringstraße 4.

In Altenburg a. E. haben die Maurer die Arbeit eingestellt; sie fordern einen Stundenlohn von 40 & und hoffen denselben auch zu erzielen, wenn fremde Kollegen den Ort meiden.

In Friedland i. M. sollen die Maurer eine halbe Stunde länger arbeiten, als es bisher üblich war. Auch hier wird es zum Ausland kommen, indem man nicht gewillt ist, statt drei Monate im Jahre noch länger arbeitslos zu sein. Der Lohn beträgt dort M. 3 pro Tag und wird daher kein Maurer sich verlocken lassen, den Kollegen durch Zugang ihre Sache zu erschweren.

In Nordhausen, wo die Maurer wegen Lohnforderung und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit eingestellt, haben die Unternehmer 2¹/₂ & Ausschlag pro Stunde und eine halbe Stunde weniger Arbeitszeit bewilligt. Der Streit ist dadurch beendet.

Die Generalkommision.

In der Zeit vom 10. bis 21. April gingen bei der Generalkommision eins: M. 82,60.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 30. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Kapital und Preise. — Zur Würdigung Friedrich Albert Bangs. Von Eduard Bernstein. II. Lange als Sozialpolitis. — Das politische Erwachen der russischen Arbeiter und ihre Maister von 1891. Von Paul Kretschmer. (Schluß) — Zur Frage der Verstaatlichung des Getreidehandels. Von Dr. Rudolph Meyer. — Feuerstellen: Die Berlin-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiter (Stuttgart J. H. W. Dietz Verlag) ist uns soeben die Nr. 8 des 2. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Zur Sozialerziehung. — Briefe an die Leser der „Gleichheit“. Von S. Kosch. — Leonore Probst. (Schluß) — Auf das Mädchen aus Potsdam. Probst. Gedicht von Friedrich Adelbert. — Feuerstellen: Weihnachten. Erzählung von Minna Kautsky. (Schluß) — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 & durch die Post bezogenen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Beifigeld 55 & unter Kreuzbank 25 & Infratempore doppelpaßte Petigste 20 &.

Bei Weiselein u. Co. in Nürnberg ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen: Bernhard Becker, „Enthüllungen über das tragische Lebenende Ferdinand Haas und seine Beziehungen zu Helene von Dönniges.“ Neue Bearbeitung. 16 Bogen Ottav. — Dieses merkwürdige Buch, welches eine Menge archivisch wichtigen Materials enthält (hauptmäst Briefe, die zwischen Lassalle und der Gräfin Höpffel im Jahre 1861 gewechselt wurden, seine Korrespondenz mit Helene von Dönniges, Ristow usw. Papieren, die noch nirgends veröffentlicht waren) bildet

Eingesandt.

Aus Neustadt i. Schles.

Ungewöhnlich und doch wahr. Dass es noch

Leute gibt,

welche die angebotene Verkürzung der Arbeitszeit nicht annehmen, dürfte wohl kaum anzunehmen sein,

doch hat sich dies bei uns zugetragen. Die hiesigen Meister wollten in diesem Jahre den zehnständigen Arbeitstag einführen, die Gesellen dagegen erklärten, sie würden nicht, wozu sie nach dem Feierabend den langen Abend bemüht hätten, und wollten auch den Lohn für die Stunde von 6—7 Uhr nicht müssen. Wenn man

